Zeitschrift in Solidarität
mit den von Repression, Knast und Zensur betroffenen Anarchist*innen
und ihren Projekten und Kämpfen in München

HETZLUMPEN

In dieser Broschüre versammeln wir Texte, die sich mit dem derzeitigen repressiven Zustand auseinandersetzen. Einerseits ist es natürlich für uns der gegebene Anlass, dass Anarchist*innen in und außerhalb Münchens von der bayrischen Staatsanwaltschaft mit mehreren Verfahren überzogen und eingesperrt werden – und damit einhergehend auch Umfelder verfolgt und überwacht werden. Informationen zum Verfahren findet ihr hier gleich zu Anfang im Text „Tacheles reden: wenn die Repression auf unsere Zeitungen zielt". Das seit 2022 laufende §129-Verfahren (Bildung einer kriminellen Vereinigung) gegen die drei beschuldigten Anarchist*innen der vermeintlichen „Zündlumpen"-Redaktion, von denen die Anarchist*innen N. und M. derzeit in Aichach und Stadelheim inhaftiert sind, soll voraussichtlich im Herbst 2025 beginnen.

Andererseits sind es eben auch repressive Tendenzen, die sich jenseits dieses Kontextes bewegen und verschiedenste Umfelder betreffen. Daher finden wir es wichtig mit dem Text „Militarisierung des gesellschaftlichen Diskurses" eine Diskussion darüber zu führen, wie Militarisierung sich auch hierzulande mit der Covid-Pandemie verstärkte, sich die Kriegsrhetorik seit Beginn des Ukrainekrieges und vor allem seit dem 7. Oktober 2023 verschärft hat und welche Konsequenzen das für Zeitungsprojekte, Proteste und Bewegungen hat.

„Der legale Rahmen der Zensur" gibt einen Überblick zur deutschen Zensurlandschaft gegen politische Druckerzeugnisse. Der Text „Die Untergrundpresse: Dorn im Auge des Staates" kommentiert, was es heißt, wenn zunehmend auch Ideen, Beziehungen und geschriebene Worte verfolgt und zensiert werden.

„Öko-Anarchismus?" erklärt, warum eine Kritik der Technologie und Industrialisierung essenziell ist, wenn man den grünen Kapitalismus als Fortführung der allumfassenden Naturzerstörung hinterfragen und überwinden will.

Die Anarchist*innen M. und N., die derzeit in Untersuchungshaft stecken, sind nicht nur angeklagt Teil der Zündlumpen-Redaktion gewesen zu sein, sie sollen auch mit 3 weiteren Personen das „Hetzblatt gegen den Windpark" verbreitet haben, welches sich gegen die Errichtung eines industriellen Windparks inmitten des Altöttinger Forstes richtet. Zur Kontextualisierung gibt es einen Artikel zum Thema „Das Problem mit Windrädern". Da es in all den Anzeigen und Ermittlungen auch immer wieder um Sabotagen geht, befasst sich der Text „Über die Praxis der Sabotage in ökologischen Kämpfen" mit genau diesem Thema. Und zum Schluss dieser Zeitschrift gibt es eine (unvollständige) Übersicht an Brandangriffen gegen staatliche und kapitalistische Strukturen in München und Region der letzten Jahre.

Als solidarische Mitstreiter*innen wollen wir die vom Staat angeklagten Ideen nicht im Gerichtssaal verhandeln lassen.

Zeigen wir mit Worten und Taten unsere Solidarität!

Juni 2025

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitschrift bleibt Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen/ Untergebrachten / Verwahrten / Abonnent*in persönlich ausgehändigt wurde. Bei Nichtaushändigung, wobei eine „Zur-Habe-Nahme" keine Aushändigung darstellt, ist sie dem Absender unter Mitteilung des Grundes zurückzusenden. V.i.S.d.P.: Markus Bäder, Romanstr. 90, 80639 München

Wollt ihr Briefe an die inhaftierten Anarchist*innen N. und M. schreiben, fragt hier nach ihrer Adresse: *solidaritaet-mit-n-und-m@riseup.net*

3 Tacheles reden: wenn die Repression auf unsere Zeitungen zielt
7 Militariserung des gesellschaftlichen Diskurses
10 Der legale Rahmen der Zensur
13 Die Untergrundpresse: Dorn im Auge des Staates
16 Öko-Anarchismus?
19 Das Problem mit Windrädern
22 Über die Praxis der Sabotage in ökologischen Kämpfen
25 Zündfunken und teuflische Feuer gegen die Herrschaft

Tacheles reden: wenn die Repression auf unsere Zeitungen zielt

Repression, Knast und Zensur gegen Anarchist*innen in München

Am 26. Februar 2025 kam es zu einem Höhepunkt einer Reihe von Repressionsschlägen gegen Anarchist*innen in München: um zehn Uhr Abends wurden insgesamt acht Objekte in Bayern und Österreich von 140 Bullen gestürmt und durchsucht und die Gefährt*innen N. und M. verhaftet. Die bayrische Generalstaatsanwaltschaft beschuldigt die beiden und eine weitere Person die anarchistische Publikation „Zündlumpen“ herausgegeben zu haben. Seit 2022 ist ein Verfahren wegen krimineller Vereinigung gegen diese drei Beschuldigten öffentlich, welche hinter der Zeitung „Zündlumpen“ stecken sollen. Darüber hinaus werden N. und M. sowie drei weitere Personen beschuldigt, eine Broschüre namens „Hetzblatt gegen den Windpark“ verbreitet zu haben, welche Straftaten billigen soll (§140StGB). Zudem wurde bekannt, dass gegen M. und N. der „Anfangsverdacht“ besteht, sechs Brandstiftungen begangen zu haben. Jedoch fanden ein Großteil der Hausdurchsuchungen bei Personen statt, die lediglich Zeug*innen der

Strafverfahren oder „Kontaktpersonen“ der Beschuldigten sein sollen.

Es ist offensichtlich, dass mit diesem Repressionsschlag, sowie mit den Hausdurchsuchungen und Ermittlungen seit dem Jahr 2022 generell anarchistische Projekte, Räume und Beziehungen in München und darüber hinaus verfolgt und unterdrückt werden sollen. Im Zuge der Hausdurchsuchungen 2022 wurde eine komplette Druckerei, hunderte anarchistische Bücher und Zeitungen, sowie zehntausende Seiten unbedrucktes Papier von den Bullen beschlagnahmt, welche bis heute in ihren Asservatenkammern liegen. Zudem setzten die Bullen den Vermieter der „Anarchistischen Bibliothek Frevel“ unter Druck, damit dieser der Bibliothek die Räume kündigt, so dass diese im Winter 2022 ihr sechseinhalb jähriges Bestehen beenden musste.

Zündlumpen und Hetzblätter

Dass die Bullen sich entschieden, die Zeitung Zündlumpen in einem so groß angelegten Verfahren zu verfolgen, hat unterschiedliche Gründe: zum einen rechneten Bullen und Verfassungsschutz der Zeitung auf Grund ihres häufigen Erscheinens und ihres wachsenden Umfangs eine große Bedeutung im deutschsprachigen Raum zu (85 Ausgaben in drei Jahren). Zum anderen gefiel den Bullen rein gar nicht, mit welcher Deutlichkeit der Zündlumpen Gewalt gegen Bullen und andere Autoritäten abfeierte. Der Zündlumpen berichtete stets über in München und weltweit stattfindende Angriffe auf Strukturen der Herrschaft oder soziale Revolten und Krawalle. Hinzu kam, dass der Zündlumpen auch noch Tipps und Anleitungen für klandestines Verhalten und Sabotagen abdruckte. All dies zeigt also deutlich, dass die Bullen mit dem Zündlumpen und generell mit den von ihnen beschlagnahmten anarchistischen Büchern und Zeitungen eine gewisse offensive Praxis verbinden, welche in dem Blatt verteidigt wurde. Denn betrachtet man den Raum München, muss man bedenken, dass die Lokalpresse seit vielen Jahren von einer „Brandserie“ spricht, im Zuge welcher mit einer gewissen Kontinuität Funkmasten, Glasfaserkabel, Bullenautos, Forstmaschinen, Signalkabel der Deutschen Bahn oder andere Strukturen der Herrschaft in Flammen aufgehen. Da der Staat also die Münchner Anarchist*innen und insbesondere den Zündlumpen als Strömung identifizierte, welche diese Angriffe gutheißt, versuchten die Bullen mit ihrer Aktion im Frühling 2022 zum einen die Druckmaschinen zu klauen, mit welchen angeblich unter anderem der Zündlumpen gedruckt wurde. Zum anderen sorgten sie dafür, dass mit der anarchistischen Bibliothek Frevel ein Ort geschlossen wurde, der einem kämpferischen Anarchismus nahestand und wo auch der Zündlumpen auslag. Natürlich ließen sie sich die Gelegenheit nicht rauben, generell alle anarchistischen Publikationen oder auch nur unbedrucktes Blanko-Papier zu klauen, welches ja noch in anarchistische Zeitungen verwandelt werden könnte.
Nun hatte der Zündlumpen aber bereits vor den Hausdurchsuchungen aufgehört zu erscheinen. Es gab zwar einen Blog namens zuendlappen.noblogs.org, hinter welchem die Bullen ein Nachfolgeprojekt vermuten und ganz erpicht darauf waren, eine gedruckte Version zu finden. Nun hatten die Bullen ihre Asservatenkammer bis oben hin mit LKW-Ladungen voller anarchistischem oder unbedrucktem Papier beladen... Und trotzdem hörte die „unheimliche Brandserie“ in München nicht auf. Oder intensivierte sie sich gar?

Der Medien- und Bullendiskurs über die in den Jahren 2023 und 2024 stattfindenden Brände versuchte stets das Bild einzelner, verrückter Täter*innen zu konstruieren, welche isoliert und verwirrt handelten („Feuerteufel“). Um dem Spuk ein Ende zu bereiten, wurde die „Ermittlungsgruppe Raute“ gegründet, welche mit 20 Ermittler*innen die Verantwortlichen hinter der Brandserie ausfindig machen sollte. Währenddessen waren die Bullen im Zündlumpen-Verfahren („Ermittlungsgruppe Schrift“) jahrelang damit beschäftigt, die im Verfahren Beschuldigte N. auffindig zu machen, um ihr endlich ihre DNA rauben zu können. Denn dass diese daran beteiligt gewesen sein soll, den Zündlumpen zu erstellen, wollte man ihr durch DNA-Spuren an aufgefundenen Zünlumpen-Ausgaben beweisen. In der Zwischenzeit gab es auch einen vierten Beschuldigten, dem wegen eines aufgefundenen Kippenstummels zur Last gelegt wurde, in der beschlagnahmten Druckerei eine Zigarette geraucht zu haben und deswegen Teil der kriminellen Vereinigung zu sein. Deswegen kam es zu zwei weiteren Hausdurchsuchungen, doch der Vorwurf wurde schließlich doch fallen gelassen – die für eine kriminelle Vereinigung benötigten drei Beschuldigten hatte man ja ohnehin bereits.

Hinter all diesen Ermittlungen steckt die erst vor wenigen Jahren gegründete „ZET“ (Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus) der Generalstaatsanwaltschaft München. Dieselbe machte es sich auch zur Aufgabe, in der Zwischenzeit Hausdurchsuchungen in Brüssel und Amsterdam zu veranlassen, da die dort in ihren Wohnungen durchsuchten beschuldigten Anarchist*innen angeblich hinter Brandstiftungen in München und Oberbayern stecken würden. Die deutschen Behörden freuten sich über die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den ausländischen Behörden... Doch trotzdem schienen sie nicht ganz zufrieden zu sein, schließlich trieb der „Feuerteufel“ in München immer noch sein Unwesen und die Praxis der direkten Aktion erfreute sich im Jahr 2024 und 2025 einer regen Anwendung im bayrischen Voralpenland.

Da die Ermittler*innen trotz neuer Ermittlungsgruppen dem Phänomen des feurigen Angriffs auf Strukturen

der Herrschaft nicht auf die Schliche zu kommen schienen, horchten sie nach, ob es denn irgendjemanden gebe, dem man vorwerfen könnte, eben diese direkten Aktionen und Sabotagen in Wort und Schrift zu verteidigen. Und siehe da! So brachte es ein sich selbst schimpfendes „Hetzblatt gegen den Windpark“ 2025 in die Lokalpresse Altöttingens. Eben dieses Hetzblatt intervenierte in den lokalen Konflikt in welchem im Auftrag der ansässigen Chemieindustrie edliche Hektar Wald zu Gunsten von 27 Windrändern gerodet werden sollen. Denn viele von der Chemieindustrie gepeinigte Altöttinger*innen scheinen den lebenden Wald anstelle von toten Windrädern zu bevorzugen, weswegen das „Hetzblatt“ mit Analysen und Vorschlägen versuchte den sozialen Konflikt zu befeuern. Eben jenes Hetzblatt dokumentierte zudem einige direkte Aktionen gegen Windräder, Forstindustrie und Betonwerke – was der Staat als „Billigung von Straftaten“ auslegt. Und diese Billigung von widerständigen Akten will der Staat offensichtlich ersticken. Denn der Paragraph „Billigung von Straftaten“ ist die Begründung, warum Ende Februar etliche Türen in Bayern und Österreich splitterten – und die gleichen Brandstiftungen, die im „Hetzblatt“ beworben werden, sollen nun N. und M. zur Last gelegt werden.

Zensur? Niemals!

In den drei Jahren, seitdem die Ermittlungen gegen den Zündlumpen öffentlich sind, kam es neben all den neuen Ermittlungen und Hausdurchsuchungen zu einer Vielzahl an Überwachungs- und Repressionsmaßnahmen gegen die Beschuldigten im Zündlumpen-Verfahren und ihre Umfelder: ihre Kontodaten wurden über Jahre ausgewertet, sie wurden observiert, ihre Telefone und teils die Telefone ihrer Eltern wurden abgehört, all die von ihnen beschlagnahmten Briefe, Schriftstücke und Zeitungen wurden analysiert, es wurden Vermieter*innen, Hausmeister*innen, Nachbar*innen und Arbeitgeber*innen kontaktiert und befragt... und neben all dieser Schnüffelei, war es den deutschen Bullen doch wirklich nicht zu doof, die Webseite archive.org anzuschreiben, um zu veranlassen, dass sie die dort einsehbaren Ausgaben des Zündlumpens doch bitte löschen soll. Wozu es allerdings nicht kam. Wer sich über die Zensurbestrebungen der bayrischen Gendarmen hinwegsetzen will, dem sei also gesagt, dass sich unter archive.org alle Ausgaben der verbotenen, verfolgten und hundertfach beschlagnahmten anarchistischen Zeitung Zündlumpen finden lassen.

Viel Spaß beim Lesen!

Die kriminelle Vereinigung „Zündlumpen“ hat folgende Verbrechen begangen...

1. Sie berichteten in dem Artikel „Brenn, E-Scooter, Brenn!“ über den Brand zweier solcher Kraftfahrzeuge. Sie bezeichnen die Gefährte als „Plage“, die sabotiert werden müsse. (Billigung von Brandstiftung)

2. Sie berichteten in dem Artikel „Zwei E-Scooter gehen in Flammen auf“ über den Brand zweier solcher Kraftfahrzeuge. Durch den Satz *„Der andere ist erfreulicherweise ein Totalschaden im vierstelligen Eurobereich“* billigten die Angeschuldigten die Brandstiftung. (Billigung von Brandstiftung)

3. Sie veröffentlichten eine bildliche Anleitung zur Anfertigung einer sog. Bitumenbombe, einem mit Bitumen gefüllten Glasgefäß. Diese sollte gegen Hauswände geschleudert werden, um diese nachhaltig zu beschädigen. (Aufforderung zu Sachbeschädigung)

4. Sie berichteten in dem Artikel *„Bull*innenschweine fressen Steine“* über einen Polizeieinsatz bei dem mehrere Polizeibeamte durch Flaschen- und Steinwürfe verletzt wurden: *„Wir wünschen, dass es noch lange und feste wehtut!“* (Billigung von gefährlicher Körperverletzung)

5. Sie veröffentlichten einen Aufruf *„Krieg beginnt hier. Und ist hier aufzuhalten“* zum Angriff auf von ihnen als kriegswichtige angesehene 14 Unternehmen und Einrichtungen im Stadtgebiet und Großraum

München. Diese sollten durch Sprayangriffe „markiert", durch Brandlegungen „blockiert" und durch Anzünden und Kappen der Stromversorgung „sabotiert" werden. (Aufforderung zu verfassungsfeindlicher Sabotage, Sachbeschädigung, Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel, Störung öffentlicher Betriebe, Störung von Telekommunikationsanlagen und Brandstiftung).

6. Sie berichteten in dem Artikel *„Das Berufsrisiko der Bull*innenschweine steigt wieder"* über die durch das Bayr. Innenministerium veröffentlichte Statistik über Angriffe gegen Polizeibeamte in den Jahren 2017 und 2018 mit steigender Fallzahl. Dies wird als *„erfreulich"* aber *„stark ausbaufähig"* bezeichnet. *„Schließlich muss das Ziel sein, dass jeder und zwar wirklich jeder Einsatz mit dem Angriff auf die Schweine endet."* (Billigung von gefährlicher Körperverletzung gegen Polizeibeamte; Aufforderung zu Beleidigung, (gefährlicher) Körperverletzung sowie Widerstand und tätlichem Angriff gegen Vollstreckungsbeamte).

7. Sie forderten in dem Artikel *„Hinweise zu einem entspannten Umgang mit Corona"* dazu auf Läden zu plündern, den Staat niederzubrennen und die Zivilisation zu zerstören. (Aufforderung zu Sachbeschädigung, Brandstiftung und Landfriedensbruch)

8. Sie berichten in dem Artikel *„Bei Verdacht auf Corona: Einfach mal eine*n Bull*in anhusten!"*, dass Polizisten mehrfach bei Kontrollen durch die kontrollierten Personen angehustet wurden und kommentierten dies mit den Worten: *„taten sie das einzig sinnvolle, das einer*einem in dieser Situation noch bleibt: Sie husteten die Bull*innen an, in der Hoffnung, so zumindest einige der Staatsbüttel dienstunfähig zu machen. Richtig so! Allen infizierten Bull*innen wünschen wir an dieser Stelle einen besonders schweren Verlauf der Krankheit."* (Billigung von (versuchter) gefährlicher Körperverletzung; Aufforderung zu gefährlicher Körperverletzung)

9. Sie veröffentlichten den Artikel *„Einladung zu einem gefährlichen Mai 2020."* Darin forderten sie dazu auf, insbesondere im April und Mai 2020 Polizeifahrzeuge zu sabotieren und anzuzünden, Polizeibeamte zusammenzuschlagen, Glasfaserkabel zu sabotieren sowie Funk- und Strommasten umzustürzen oder anzuzünden. (Aufruf zu verfassungsfeindlicher Sabotage; Sachbeschädigung; Brandstiftung; Landfriedensbruch, Körperverletzung und tätlichen Angriffen auf Polizisten)

10. Sie forderten in dem als Comic verfassten Artikel *„Rebellion gegen die Ausgangssperre"* dazu auf, Reifen von Polizeifahrzeugen zu zerstechen und aus brennenden Müllcontainern Straßenblockaden zu errichten. (Aufruf zu verfassungsfeindlicher Sabotage; Sachbeschädigung; Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel; Brandstiftung und Landfriedensbruch)

11. Sie veröffentlichten in dem Artikel *„Was unsere (heimlichen) Leser*innen über uns denken, sagen und schreiben"* eine bedrohliche Nachricht an den Bayrischen Innenminister Dr. Joachim Herrmann: *„Lieber Joachim, Ich für meinen Teil habe aus den Erfahrungen anderer Subversiver mit Menschen wie dir gelernt, Mit einem Tyrann diskutieren? Du musst wissen, ich stehe historisch auf Seiten derer – rein gedanklich, versteht sich ;-) –, die Tyrannen lieber vor ihrer Zeit ins Gras beißen ließen. Und eines sollte dir klar sein, Polizeichefs standen dabei schon immer hoch im Kurs – höher noch, als Kaiser, Zaren und Könige."* (Bedrohung)

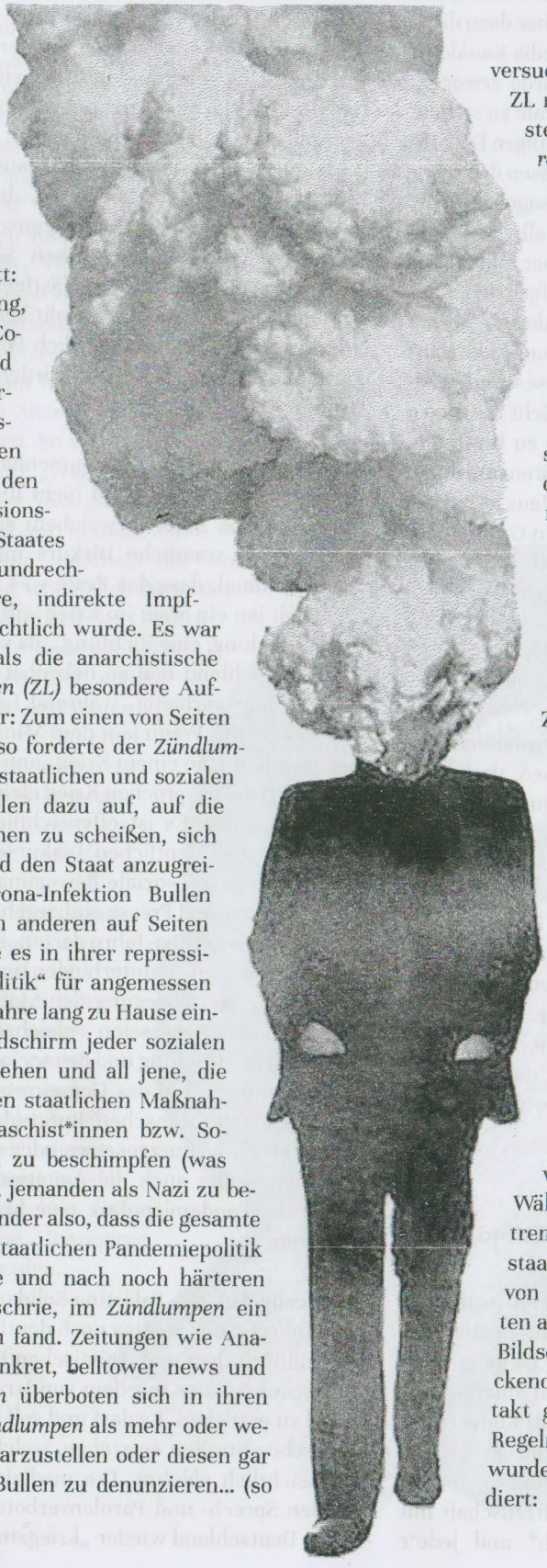
12. Sie veröffentlichten in dem Artikel *„Wie man Mobilfunkmasten zerstört – Rezept für einen Mobilfunkmasten in Standardgröße, von zwei bis drei Mobilfunkanbietern verwendet"* eine detaillierte Beschreibung auf welche Weise Mobilfunkmasten durch Brandlegung zerstört werden können. Überdies werden Hinweise zur Vorbereitung der Tat und die Vermeidung von Spuren gegeben. (Aufforderung zu verfassungsfeindlicher Sabotage, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Störung öffentlicher Betriebe und Störung von Telekommunikationsanlagen)

13. Sie veröffentlichten in dem Artikel *„Dunkle Ecken schaffen"* eine detaillierte Beschreibung auf welche Weise eine Straßenlaterne ohne Eigengefährdung außer Betrieb gesetzt werden kann. Die Anleitung ist auch für die Sabotage an Stromverteilerkästen nutzbar, die ähnlich aufgebaut und verkabelt sind. Die Angeschuldigten forderten in dem Artikel zugleich dazu auf, die Beleuchtung im Stadtgebiet von München zu sabotieren, um Polizeikontrollen zu erschweren. (Aufforderung zu verfassungsfeindlicher Sabotage, Sachbeschädigung, Störung öffentlicher Betriebe und Störung von Telekommunikationsanlagen)

14. Sie veröffentlichten den Artikel *„600 Meter Förderband in Kiesgrube gehen in Flammen auf."* Sie berichteten über den Brand eines Kiesförderbandes im Kieswerk im Forst Kasten. Der Artikel schließt mit den Worten „Auf dass sich die Wut der Menschen mehr noch auf unkontrollierte Weise Bahn brechen möge und sich in unintegrierbaren und unvereinnahmbaren Angriffen gegen das Bestehende äußere!". (Billigung von Brandstiftung)

Militarisierung des gesellschaftlichen Diskurses

Der Zündlumpen und der Corona-Ausnahmezustand



Die diversen Verfahren gegen Münchner Anarchist*innen finden in einem Klima der wachsenden Militarisierung statt: eine Militarisierung, die während der Covid-Pandemie und der mit ihr einhergehenden Kriegsrhetorik („gegen den Virus“) als auch den krassen Repressionsmaßnahmen des Staates (Aufhebung der Grundrechte, Ausgangssperre, indirekte Impfpflicht etc.) offensichtlich wurde. Es war dieser Zeitraum, als die anarchistische Zeitung *Zündlumpen (ZL)* besondere Aufmerksamkeit erfuhr: Zum einen von Seiten des Staates, denn so forderte der *Zündlumpen* angesichts der staatlichen und sozialen Isolation unverhohlen dazu auf, auf die Pandemiemaßnahmen zu scheißen, sich zu versammeln und den Staat anzugreifen (und bei Corona-Infektion Bullen anzuspucken). Zum anderen auf Seiten der Linken, welche es in ihrer repressiven „Zero-Covid-Politik“ für angemessen hielten, sich zwei Jahre lang zu Hause einzusperren, den Bildschirm jeder sozialen Begegnung vorzuziehen und all jene, die ein Problem mit den staatlichen Maßnahmen hatten, als Faschist*innen bzw. Sozialdarwinist*innen zu beschimpfen (was eigentlich bedeutet, jemanden als Nazi zu bezeichnen). Kein Wunder also, dass die gesamte Linke, welche der staatlichen Pandemiepolitik den Rücken deckte und nach noch härteren Einschränkungen schrie, im *Zündlumpen* ein gefundenes Fressen fand. Zeitungen wie Analyse und Kritik, konkret, belltower news und *Graswurzelrevolution* überboten sich in ihren Versuchen, den *Zündlumpen* als mehr oder weniger faschistisch darzustellen oder diesen gar tatsächlich an die Bullen zu denunzieren... (so versuchte *belltower news* herauszufinden, ob der ZL nicht hinter diversen Graffitis in München stecke und Lou Marin von der *Graswurzelrevolution* untersuchte die personellen Verbindungen zwischen dem ZL und einem Angriff auf ein ZDF-Kamerateam in Berlin). Die sesselfurzende Linke hat in den Covid-Jahren also die perfekte Vorarbeit geleistet, um die Repression gegen den ZL vorzubereiten. Wir wollen hier nicht anzweifeln, dass der ZL immer wieder Provokationen, Polemiken und viel Kontroverses bereithielt – dies wird jedoch sicherlich nicht der Ort sein, an dem wir den Inhalt dieser Kontroversen diskutieren. Wir wollen nur betonen, dass den ZL wegen seiner Kritik des Covid-Ausnahmezustandes faschistisch darzustellen, eine Denunziation und Verleumdung ist, letztlich eine Absurdität. Vor allem wenn man betrachtet, dass sich der Zündlumpen, im Gegensatz zu manch anderen zu dieser Zeit konsequent, gegen essenzielle Grundlagen des Faschismus wie Konformismus, Gleichschaltung, Autoritätshörigkeit, Verwaltung der Menschen als „Masse“, soziale Kontrolle, Militarisierung und den all diese Dinge befeuernden technologischen Fortschritt stellte.

Neue Wörter, neue Diskurse, neue Propaganda

Die Militarisierung der Corona-Jahre beeinflusste langfristig, wie Staat und Medien Politik machen. Sprache reflektiert auch immer Denk- und Handlungsweisen und -normen und somit Macht. Während wir uns in einer Situation der extremen sozialen Isolation, Denunziation und staatlichen Repression (Strafen für das Treffen von Leuten, Rausgehen etc.) befanden, starrten alle wie gebannt auf ihre Smartphones und Bildschirme und sahen sich mit einer beeindruckenden Propaganda konfrontiert: Im Stundentakt gab es neue Drohszenarien, Inzidenzen, Regeln und Einschränkungen und gleichzeitig wurde man nur so mit neuen Wörtern bombardiert: AHA-Regel, Zoom-Party, Super-Spreader,

Bürgertestzentrum, Drive-In-Testzentrun, 1G, 2G, 3G, 3Gplus, Lockdown, geboostert, Ein-Freund-Regel, Epizentrum, Immunitätsnachweis und und und... und natürlich der „Coronaleugner“: Der Begriff „Coronaleugner“ wurde zum repressiven Kampfbegriff, welcher dazu diente Demonstrationen zu verbieten, Social-Media-Kanäle zu sperren und Anzeigen zu verteilen. Es wurde erwogen, das „Leugnen“ von Corona an sich unter Strafe zu stellen. All dies wurde eingebettet in einen schwammigen Diskurs über„hate-speech“, welcher jegliches Verlassen des staatlichen Rahmens, was man sagen und nicht sagen darf, als undemokratisch und somit strafbar darstellt, was konkret zu einer vermehrten Zensur im Internet führte. Der Pandemiediskurs war derart moralisch aufgeladen, dass jegliche Kritik an dem vom Staat eingeforderten Verhalten als „asozial“, „unverantwortlich“ und „unsolidarisch“ bezeichnet wurde. Innerhalb dieses Diskurses ging es explizit darum diejenigen, die den Diskurs nicht mittragen („die Ungeimpften“, „die Coronaleugner“) zu bestrafen, einzuschränken, zu Sündenböcken zu erklären und ihnen weniger „Freiheit“ (zu konsumieren, das Haus zu verlassen, Leute zu treffen etc.) zu gewähren. Ein Großteil der Linken schrie innerhalb dieser zweieinhalb Jahre nicht nur nach mehr sozialer Isolation, sondern auch nach härterer Repression gegen die Sündenböcke („die Super-Spreader“, die sich auf „Super-Spreader-Events und -partys“ rumtreiben, „die Leugner“ und „Skeptiker“).

Zweifelsohne waren von diesen Repressionsmaßnahmen viele Rechte betroffen – doch das alte Lied, dass neue repressive Maßnahmen, die mit dem Schutz vor Nazis, Terrorist*innen, Hasspredigern und Vergewaltigern vor der Öffentlichkeit gerechtfertigt werden, schnell auch gegen uns Anwendung finden, sollte uns spätestens seit 9/11 bekannt sein. So waren es z.B. auch Putin-nahe Faschos, welche sich mit dem „Z“-Symbol schmücken, an welchen zum ersten mal die Umformulierung des §140 zu Billigung von Straftaten angewandt wurde. Dieser Paragraph gilt seit 2021 auch für Straftaten im Ausland und das Tragen des „Z“s beweise laut Gericht, dass man den russischen Angriffskrieg gutheiße und so eine Straftat billige.

Militarisierung angesichts von Ukrainekrieg und Genozid in Palästina

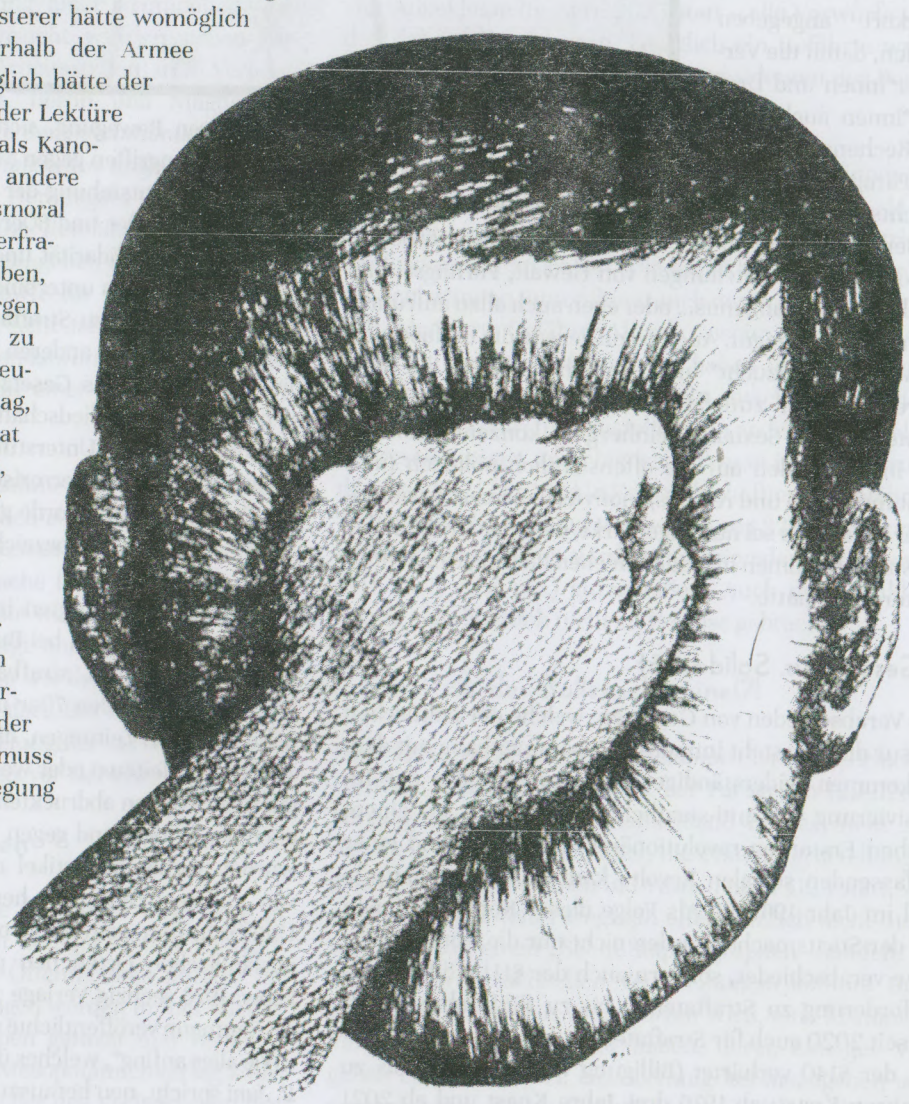
Der Covid-Ausnahmezustand ging fließend in die militärische „Zeitenwende“ über. Seit dem Beginn des Ukrainekrieges und vor allem seit dem 7.Oktober 2023 hat sich die Kriegsrhetorik des deutschen Staates noch um ein Vielfaches gesteigert. Während im Kontext des Ukrainekrieges jede abweichende Position als „Putin-Versteher“ beschimpft wurde, ist im Kontext von Israels Krieg in Gaza und der deutschen Komplizenschaft mit diesem jede Opposition „antisemitisch“ und jede*r Kritiker*in an Israel ein*e „Judenhasser*in“. Diese Militarisierung hat diverse legale Konsequenzen und verdeutlicht den Rassismus des deutschen Staates: Es werden nicht nur spezifische Parolen bzw. Teile von Parolen verboten („From the river to the sea...“), es werden auch Kongresse verhindert, Einreiseverbote verhängt, die Versammlungsfreiheit rigoros beschnitten (Demos dürfen sich nicht mehr bewegen) sowie generell das Rufen von arabischen Parolen untersagt (no joke). Neue Antisemitismus-Klauseln im staatlichen Kulturbetrieb fordern von allen, die Förderungen erhalten, die unbedingte Komplizenschaft zu Israel ein. Sozialeinrichtungen in welchen Sozialarbeiter*innen arbeiten, welche sich pro-palästinensisch engagieren, werden geschlossen – und Politiker behaupten, wenn Wissenschaftler*innen öffentlich Polizeieinsätze gegen Palästina-Camps kritisieren, würden sie den Boden des Grundgesetzes verlassen.

All diese in diesem Zusammenhang erwähnten Repressionsmaßnahmen sind nicht unbedingt neu – neu ist jedoch das Maß, in welchem sich der öffentliche, mediale uns staatliche Diskurs militarisiert. Jemand meinte einmal, dass das Erste was im Krieg stirbt, die Wahrheit ist: ein Staat im Krieg will nur eine Wahrheit, eine Erzählung, eine Richtung... da verwundert es nicht, dass Deutschland mal so nebenbei Medienportale wie *Russia Today* verbietet, während Israel mit Al-Jazeera das gleiche tut. Wenn laut dem Ministeriums für Wahrheit jede Kritik an einem Krieg „antisemitisch“ ist, dann ist mit Orwell gesprochen Krieg gleich Frieden und 1984 bereits Realität. Es ist offensichtlich, dass die Militarisierung des öffentlichen Diskurses auch immer mit Repression gegen soziale Bewegungen und unliebsame Öffentlichkeit und Presse einhergeht. Dem Staat ging es während der Corona-Jahre darum, eine breite Kritik an den Maßnahmen zu unterbinden und dementsprechend überzog er die Bewegung der Maßnahmenkritiker*innen mit harter Repression – gleichzeitig wurde das Hinterfragen der Impfung und des social distancings medial mit dem Angriff auf das Gemeinwohl dargestellt. Während tausende Menschen Bußgelder für das Brechen des Infektionsschutzgesetzes oder der Ausgangssperre erhielten, sollte auch die Agitation des Zündlumpens gegen die Pandemiepolitik eine besondere Repression erfahren.

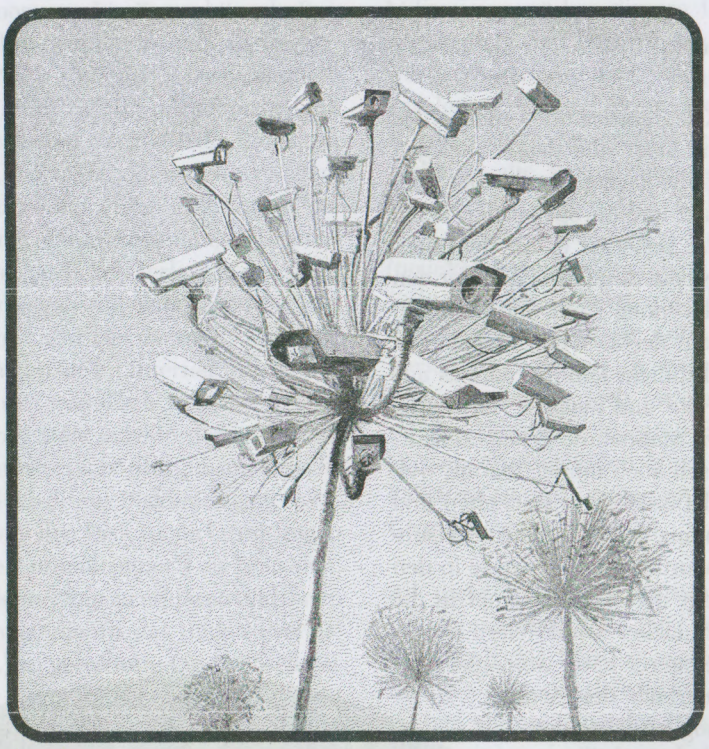
Im Bezug auf die Palästina-Solidaritäts-Bewegung, ist das Anliegen des Staates noch deutlicher: jede Kritik an der militärischen und logistischen Komplizenschaft des deutschen Staates mit dem von Israel verübten Völkermord zu ersticken. Es darf und soll keine Bewegung auf deutschen Straßen entstehen, welche den Krieg Israels offensichtlich ablehnt. Die mediale Hetze und all die legalen Sprech- und Parolenverbote sind Teil der Strategie, Deutschland wieder „kriegstüchtig“ zu machen.

Ein Krieg, ein Volk, ein Staat, eine Meinung

Die Gesellschaft soll auf Krieg getrimmt werden – das „Volk" soll hinter „seinem" Staat und dessen Kriegen stehen. Es werden tausende Soldat:innen rekrutiert, die Bundeswehr wird aufgerüstet und Europa sortiert seine komplette Verteidigung neu. Dabei ist es für den Staat von riesiger Bedeutung, dass die Bevölkerung hinter den Kriegen und „seinen" Soldat*innen steht und ihnen an der Heimatfront den Rücken deckt. Wenn es bald zur Wiedereinführung der Wehrpflicht kommt, darf es aus Sicht des Staates keine breite und massive Ablehnung dieser kriegsvorbereitenden Maßnahme geben. Zensurmaßnahmen trafen historisch auch immer Blätter, welche zum Ungehorsam und Dissidenz anstachelten und drohten, die soziale Akzeptanz der staatlichen Weisungen zu unterwandern. So wurden beispielsweise in den Jahren 1972 der Text „Tragt den Klassenkampf in die Armee" und 1981 der Text „Lieber krank feiern als gesund schuften" verboten. Ersterer hätte womöglich den Kadavergehorsam innerhalb der Armee in Frage gestellt und womöglich hätte der ein oder andere Soldat nach der Lektüre die Fahnenflucht dem Ende als Kanonenfutter vorgezogen. Der andere Texte dient dazu, die Arbeitsmoral in der Gesellschaft zu hinterfragen und allerlei Tipps zu geben, wie man sich Attests besorgen kann, um nicht zur Arbeit zu gehen – ein an sich unbedeutend erscheinender Vorschlag, welcher jedoch für den Staat zum Problem werden kann, sollte die Arbeitsmoral an der Heimatfront sinken. Letztlich ist es logisch, dass die zunehmende militärische Mobilmachung mit zunehmender Zensur und Repression gegen den „inneren Feind" einhergeht. Um Deutschland wieder „kriegstüchtig" zu machen, muss jede staatsfeindliche Bewegung mundtot gemacht werden.



Der legale Rahmen der Zensur



Der Fundus, aus welchem der deutsche Staat schöpfen kann, um Presseerzeugnisse zu zensieren, ist überaus ergiebig: das deutsche Presserecht ist im Vergleich zu anderen Ländern sehr restriktiv, denn so muss in jeder Veröffentlichung ein Impressum, also ein Verantwortlicher im Sinne des Pressrechtes (V.i.S.d.P.) sowie ein Druckort angegeben werden, damit die Verfasser*innen und Drucker*innen auch stets zur Rechenschaft gezogen werden können. Zwar findet laut Paragraph fünf des Grundgesetzes keine Zensur statt – nichtsdestotrotz sind jedoch circa 10.000 Bücher und Tausend Tonträger in der BRD indiziert, also verboten. Betroffen sind Darstellungen von Gewalt, Pornographie, Faschismus, Satanismus... oder eben auch allzu aufrührerisches Gedankengut. Auch wenn gerade die umfassende Zensur von „Unzucht" und „Nacktheit" bis in die 80er Jahre mit einer zutiefst reaktionären und autoritären Vorstellung von Sexualität einherging, konzentrieren wir uns im Folgenden auf die offensichtlich politisch (und nicht moralisch und religiös) motivierte Zensur revolutionärer Presse. Es sei nur angemerkt, dass der Großteil der Zensurmaßnahmen in jener Zeit eben diesen „Unzuchts"-Hintergrund hatte.

Gesetze vs. Solidarität

Das Verabschieden von Gesetzen, welche der politischen Zensur dienen, steht immer im Zusammenhang mit dem Aufkommen widerständiger Bewegungen oder der Intensivierung von anti-staatlichen Aktivitäten. Zu einem solchen Erstarken revolutionärer Aktivitäten und einer umfassenden sozialen Revolte kam es in Westdeutschland im Jahr 1967/68. Als Folge dieser Konfrontationen mit der Staatsmacht, wurden nicht nur die Notstandsgesetze verabschiedet, sondern auch der §111 („öffentliche Aufforderung zu Straftaten" - bis zu fünf Jahre Knast; gilt seit 2020 auch für Straftaten im Ausland) verabschiedet, der §140 verhärtet (Billigung von Straftaten bis zu 5 Jahren Knast; ab 1976 drei Jahre Knast und ab 2021 auch für Straftaten, die noch nicht begangen wurden) ebenso wie der §88 (verfassungsfeindliche Sabotage, bis zu fünf Jahre). Außerdem erfreute sich in jenen Jahren der §126 („Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten") einer regen Anwendung (der Anwendungsbereich des Paragraphen wurde ebenfalls 2021 ausgeweitet).

Mit dem (Wieder-) Aufkommen einer revolutionären Bewegung, sich vermehrenden Brand- und Sprengstoffangriffen gegen Militäreinrichtungen und Banken und der Entstehung der westdeutschen Stadtguerilla zielten in den 70er und 80er Jahren diverse Paragraphen darauf ab, die Solidarität und Unterstützung revolutionärer Gegengewalt zu unterbinden. So wurde zum einen der §130a („Anleitung zu Straftaten" – bis zu 3 Jahre Knast) verabschiedet. Zum anderen wurden zusätzlich zum §129 die §129a und b ins Gesetzbuch aufgenommen, welche sich gegen die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung oder die Unterstützung und Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung wenden. Der Paragraph 129a wurde gemeinhin als *„Lex RAF"* oder *„Anti-RAF-Paragraph"* bezeichnet.

All diese Gesetze sorgten in jenen Jahren für hunderte Hausdurchsuchungen bei Buch- und Infoläden, da diesen vorgeworfen wurde, strafbare Zeitungen zu verbreiten. Während sich in den 70er und 80er Jahren Zensurmaßnahmen gegen Zeitungen, die von Sabotagen berichteten, zu diesen anleiteten oder welche Kommuniqués der Stadtguerilla-Gruppen abdruckten, massenhaft ereigneten, war auch der Widerstand gegen diese teilweise recht breit: so wurden verbotene Artikel nachgedruckt, wiederverteilt, von anderen Zeitungen herausgegeben, mit hunderten Unterschriften neuverlegt oder mit dem Impressum an ausländischen Orten neu publiziert. So schlossen sich bspw. 1976 sechzig Verlage zusammen, um das von Bommi Baumann veröffentlichte und daraufhin verbotene Buch „Wie alles anfing", welches über seine Zeit in der *Bewegung 2. Juni* spricht, neu herauszugeben.

Zensur in der jüngeren Vergangenheit

Während aus den 80ern und 90ern heute vor allem die großen Verfahren gegen die Zeitung *radikal* in Erinnerung sind, waren von den Zensurmaßnahmen tatsächlich dutzende von revolutionären und anarchistischen Zeitungen betroffen (selbst die pazifistische *Graswurzelrevolution*). In jüngerer Zeit ist manchen vielleicht noch die Welle an Hausdurchsuchungen aus den Jahren 2010 in Erinnerung, womit der Staat versuchte die Herausgabe einer einzelnen Nummer der *Interim* zu unterbinden, in welcher erklärt wurde, wie man einen zeitverzögerten Brandsatz baut. Betroffen von jener Zensurmaßnahme waren auch die Zeitungen *zeck* und *Prisma*. In diesem Zusammenhang wurden hunderte Buch- und Infoläden durchsucht, da ihnen die Beihilfe zur Anleitung zu Straftaten und der Verstoß?

Ein weiterer Fall ist das radikal-Verfahren aus dem Jahr 2013. Im Mai 2013 fanden bundesweit 21 Hausdurchsuchung im Zuge der Ermittlungen wegen Mitgliedschaft in und Bildung einer kriminellen Vereinigung (§129) statt. Durchsucht wurden neben privaten Wohnräumen auch Arbeitsstellen und Vereinsräumlichkeiten in Stuttgart, Berlin und Magdeburg. Konkret sollen 9 Beschuldigte der *Revolutionären Linken* bzw. den *Revolutionären Aktionszellen* angehören, diese unterstützt und/oder bei der Herausgabe der Zeitschrift *radikal* mitgewirkt haben. Die *Revolutionären Aktionszellen* zeigten sich in den vergangenen Jahren für einige Brandanschläge in Berlin, sowie für die Verschickung von Patronen verantwortlich. Acht Jahre später fand ein Prozess wegen Beihilfe zu Brandstiftung gegen einen Beschuldigten statt, welcher mit einer Bewährungsstrafe endete.

Die letzte große Zensurmaßnahme, welche die radikale Linke in Deutschland tatsächlich als solche wahrgenommen haben dürfte, traf die Internetplattform linksunten.indymedia.org, welche als Rache für die G20 Krawalle 2017 zensiert wurde. Das Verbot wurde vor den höchsten juristischen Instanzen bestätigt und die Webseite darf nicht mehr aktiv sein, genauso wie das *linksunten „((i))"*-Symbol nicht benutzt werden darf. Ein weiterer Versuch der Bullen, eine online Spiegelung der verbotenen Seite zu ahnden, scheiterte allerdings vor Gericht.

Internationale Verfahren

Währenddessen ist bspw. die kurdische Bewegung in Deutschland weitaus öfter mit heftiger Zensur konfrontiert, welche auch auf deren Öffentlichkeit abzielt: Im Zuge ständiger 129b-Ermittlungen werden immer wieder kurdische Vereine und Gruppen gerazzt und verboten – so wurde im Jahr 2019 der MesopotamienVerlag komplett verboten und 50.000 Bücher des Verlagsbestandes beschlagnahmt. Dem Verlag wurde vorgeworfen, eine Teilorganisation der verbotenen *PKK* zu sein – unter den beschlagnahmten Büchern befanden sich viele Werke des *PKK*-Führers Abdullah Öcalan. Interessanterweise ist keines der herausgegebenen Einzelwerke des Verlages indiziert, lediglich der Verlag an sich wurde komplett verboten. Drei linke Verlage in der BRD, der Schweiz und Österreich entschieden sich daraufhin dazu, die Titel in ihr Verlagsprogramm aufzunehmen und neu zu verlegen.

In Westeuropa sieht sich die anarchistische Bewegung vor allem in Italien immer wieder mit heftiger Repression gegen ihre Presse konfrontiert: so wurden 2023 zehn Anarchist*innen in Norditalien verhaftet, weil ihnen vorgeworfen wurde, die anarchistische Zeitung *Bezmotivny* herausgegeben zu haben. Einige Gefährt*innen befanden sich vorübergehend im Hausarrest, inzwischen wurde diese Maßnahme aber aufgehoben. Im Zuge der Hausdurchsuchungen wurde absurderweise eine kommerzielle Druckerei beschlagnahmt. Der Prozess zu diesem Verfahren [Operation Scripta Scelera] fand letztlich gegen vier Angeklagte im April 2025 statt – alle Vorwürfe wurden dabei fallengelassen. Lediglich ein Gefährte wurde wegen „Angriff auf die Ehre des Präsidenten der Republik" zu 8 Monaten Haft verurteilt.

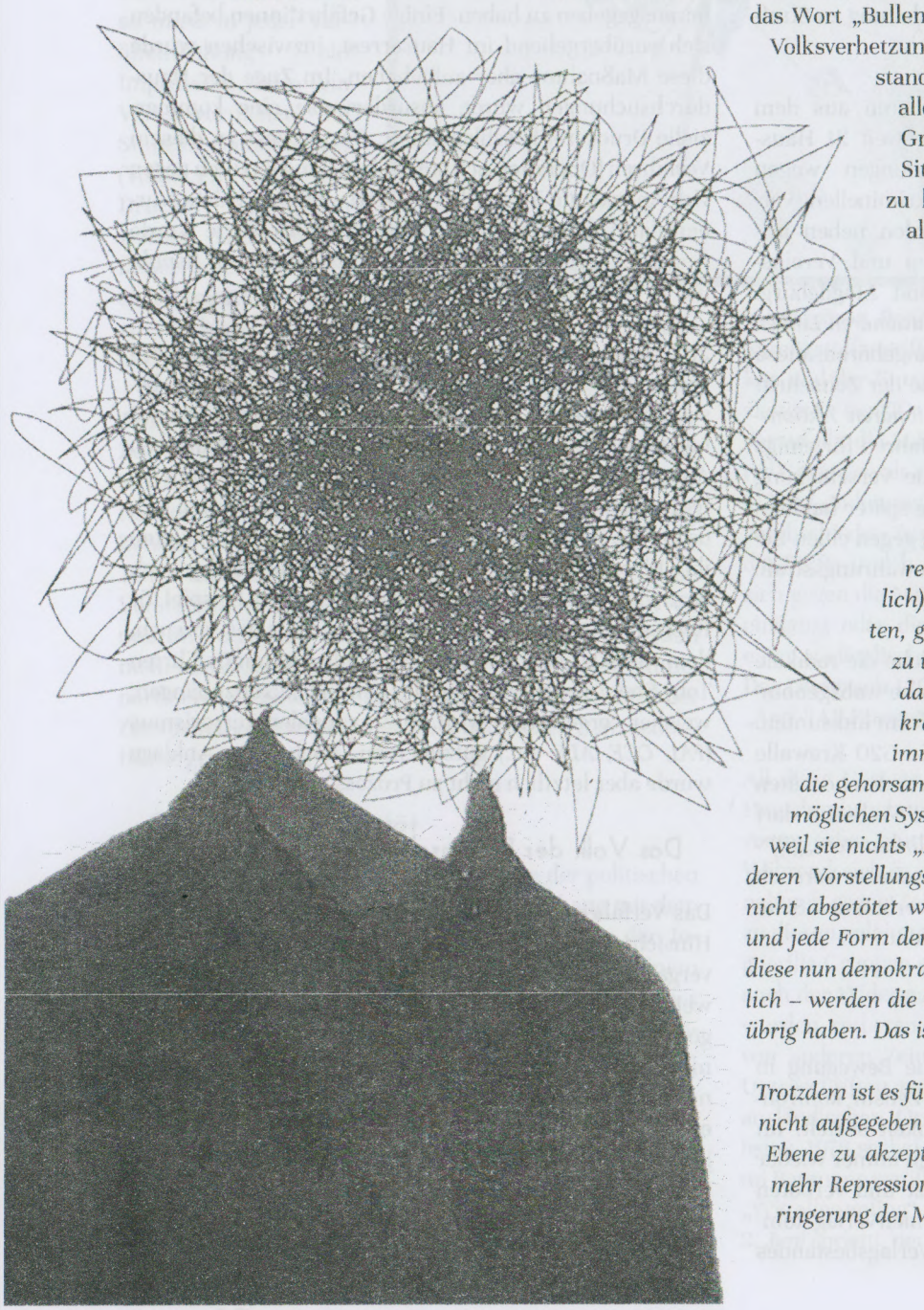
2025 fand eine weitere Operation [Sibilla] in einem Prozess gegen sechs Anarchist*innen ihr Ende, da sie beschuldigt wurden die anarchistische Zeitung „Vetriolo" herausgegeben zu haben. Die angeklagten italienischen Anarchist*innen, unter ihnen auch der in 41bis Isolationshaft inhaftierte Gefährte Alfredo Cospito, bekannten sich dazu, die Zeitung publiziert zu haben und verteidigten ihre Ideen vor Gericht. Das Gericht entschied sich jedoch dazu, das Verfahren einzustellen. Ein anderes Beispiel für Repression gegen anarchistische Presse ist der Versuch, dem von 2021 bis 2024 in England inhaftierten Gefährten Toby Shone die Herausgabe der Zeitung 325 anzuhängen, welcher vorgeworfen wird, internationalen Terrorismus (*FAI, CCF, ALF* etc.) gutzuheißen. Auch diese Anklage wurde aber letztlich nicht zu Prozess gebracht.

Das Volk der Bullenschweine!?!

Das Verfahren gegen den *Zündlumpen* ist in mehrfacher Hinsicht speziell: Zwar findet der Paragraph 129 in den vergangenen Jahren in Deutschland immer mehr Anwendung und es fanden auch die ersten Verurteilungen gegen Antifaschist*innen in Dresden nach §129 statt, womit es sich bei dem Paragraph offensichtlich nicht mehr nur noch um einen „Schnüffelparagraphen" handelt, da es auch zu tatsächlichen Verurteilungen kommt. Dass jedoch drei Personen vorgeworfen wird, eine kriminelle Vereinigung gegründet zu haben, deren einziges Vergehen es gewesen sei, eine Zeitung herauszugeben und zu verbreiten, ist unseres Wissens nach allerdings ein

Novum. Bei den *radikal*-Verfahren ging es noch darum, dass die jeweilige *radikal*-Redaktion Mitglieder bzw. Unterstützer*innen verschiedener militanter Gruppen [1995: Antiimperialistischen Zellen; *K.O.M.I.T.E.E., RAF*; 2013: *Revolutionären Aktionszellen*] gewesen sein sollen.

Der kriminellen Vereinigung, die nun auf der Anklagebank sitzt, wird jedoch lediglich das Publizieren von Artikeln vorgeworfen. Hierbei darf man nicht vergessen, dass der §129 im Jahr 2017 reformiert wurde. Zuvor musste es sich um eine Vereinigung handeln, von welcher eine „erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit" ausgehen muss. Mit der Reformierung des Paragraphen entfiel dieser Absatz. Zuvor scheiterten Versuche bspw. Hausbesetzer*innen, welche ihr verbarrikadiertes Haus verteidigt hatten oder Nazis, welche „ausländerfeindliche Sachbeschädigungen" begangen hatten, nach §129 zu verurteilen, da diese Straftaten keine „erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit" darstellen.



Ob dieses Ansinnen der Staatsanwaltschaft vor Gericht Bestand hat, bleibt abzuwarten. Uns wundert es jedenfalls nicht, dass es wieder einmal die bayrische Justiz ist, welche diesen Schritt nach vorne unternimmt. Bereits im Jahr 2017 standen in München zwei Personen vor Gericht, denen das Verteilen der anarchistischen Straßenzeitung „Fernweh" vorgeworfen wurde. In diesem absurden Verfahren versuchte die Staatsanwaltschaft die beiden nicht nur für die Billigung von Straftaten zu verklagen, sondern auch für „Volksverhetzung", da in der verteilten Zeitung das Wort „Bullenschweine" fiel. Der Straftatbestand der Volksverhetzung hatte vor Gericht letztlich keinen Bestand, da es in dem konkreten Satz nicht um alle Bullen, sondern um eine spezifische Gruppe von Bullen in einer bestimmten Situation ging, weswegen die Gruppe zu klein gewesen ist. Die beiden wurden allemal für „Billigung von Straftaten" verurteilt. Zu dem Prozess wurde damals, sehr passend zu dem nun stattfindenden Prozess, geschrieben:

„Es geht hier nicht um den Konflikt zwischen Einzelpersonen und dem Staat, sondern um einen ganz konkreten Versuch der Bullen und Staatsanwaltschaft, Leuten einen Maulkorb anzulegen und den Boden dafür zu bereiten, Äußerungen (schriftlich oder mündlich), die sich gegen den Staat, gegen Autoritäten, gegen Nazis, gegen Bullen richten, härter zu unterdrücken. Immer mehr entblößt sich dabei die ach so hoch geschätzte demokratische Meinungsfreiheit als das, was sie immer schon war: das Zuckerbrot für all die gehorsamen Lämmer, die glauben im besten aller möglichen Systeme zu leben und die alles sagen können, weil sie nichts „Falsches" zu sagen haben. Für diejenigen, deren Vorstellungskraft und Fähigkeit zu Träumen noch nicht abgetötet wurde und die weiterhin die Demokratie und jede Form der Herrschaft entschlossen angreifen – sei diese nun demokratisch oder faschistisch, religiös oder weltlich – werden die Gesetze der Demokratie sicher nicht viel übrig haben. Das ist kaum eine Überraschung.

Trotzdem ist es für alle, die die Idee wirklicher Freiheit noch nicht aufgegeben haben, wichtig, solche Urteile auf keiner Ebene zu akzeptieren, da sie den Grundstein für immer mehr Repression gegen Feinde der Autorität und die Verringerung der Möglichkeiten hier zu agitieren legen."

Die Untergrundpresse: Dorn im Auge des Staates

Der große Bruder und die Gedankenpolizei

Wenn der Staat die umfassende Militarisierung der Gesellschaft im Auge hat, geht es ihm im Grunde darum, abtrünnige Haltungen unsichtbar zu machen. Der Staat will mit Gewalt einen Konsens erzeugen und das Bild kreieren, dass alle einer Meinung sind, während er diejenigen unterdrückt und einsperrt, die zur Revolte und Ungehorsam anstacheln. Deshalb konzentrieren sich Ermittlungen des Staates nicht ausschließlich auf kriminelle Taten, sondern es werden zunehmend auch Ideen, Beziehungen und geschriebene Worte analysiert und verfolgt. Es geht nicht nur darum, was Menschen tun, es geht zentral auch darum, was sie denken, schreiben, sagen, welche Wörter sie benutzen, welche Texte sie lesen, welche Bücher sie zu Hause haben, welche Plakaten in ihren WGs kleben, welche Witze sie machen, welche Zeitschriften sie sammeln.... Und welche Menschen sie kennen und was diese wiederum denken.

Die Polizei übernimmt in solchen Verfahren letztlich geheimdienstliche Aufgaben und die Geheimdienste arbeiten, wie im ZL-Verfahren ersichtlich, Hand in Hand mit Polizei und Politik. Ein Großteil der im Zündlumpen-Verfahren angestellten Ermittlungen dreht sich um die Analyse der Texte, um die ideologischen Hintergründe und um das „anarchistische Leben" und die „anarchistische Ideologie" der angeblichen Täter*innen. Zum Verständnis unseres Feindes sei hierbei bemerkt, dass in der „entnazifizierten" BRD eigentlich eine strenge Trennung von Geheimdiensten und Polizei vorgesehen ist, da die Gestapo der Nazis ein unrühmliches Beispiel dafür war, wo es hinführen kann, wenn die Polizei zu viele geheimdienstliche und somit „ideologische" Arbeit übernimmt. Aber das soll hier nur eine Randnotiz sein.

Die nächtlichen Zündfunken und die zündlumpigen Schreiberlinge

Der Staat will jegliches Untergraben seiner Autorität verhindern. In Bezug auf die anarchistische Bewegung bedeutet das, dass er sie durchleuchten, einschränken und isolieren will. Was der Staat in den 80ern vehement versucht hat, war jegliche positive Bezugnahme und öffentliche Äußerung hinsichtlich Stadtguerilla und Sabotagen generell zu unterbinden. Da die nächtlichen Akteure nicht oder nur sehr schwer belangt werden konnten, zielte die Repression auf diejenigen, die mit ihnen solidarisch waren oder ihre Texte verbreiteten. In diesem Sinne liegt die Stärke einer Bewegung auch sicherlich darin, wie viele bereit sind, sich trotz wachsender Repression, solidarisch zu zeigen...

Wenn das Schreiben von anarchistischen Texten und das Verbreiten von diesen zunehmend zu einer potentiellen Straftat wird, liegt es nahe,

die Herstellung und Verbreitung von Zeitungen umso geheimer zu organisieren. Diese Dynamik der Spezialisierung und zunehmenden Geheimhaltung kann jedoch genau die gewünschte Wirkung des Staates haben: wenn die Verbreitung, das Lesen und selber Herstellen von anarchistischen Zeitungen zunehmend schwieriger und geheimer wird, wird es für die große Mehrheit eine umso größere Hürde anarchistische Diskussionen zu verfolgen. Der Sprech der Medien, welcher die jüngste Repressionswelle in München begleitet, verdeutlicht dieses staatliche Bestreben Anarchist*innen ins soziale Abseits zu drängen: war vor drei Jahren noch von der Razzia in einer anarchistischen Bibliothek die Rede und von Repressionsmaßnahmen gegen die „Anarchistische Szene" (eine Zeitung berichtete sogar von Razzien gegen „Journalisten"), so liest man nun von Repressionsschlägen gegen eine „klandestine anarchistische Zelle". Und das, obwohl die Beschuldigten mehr oder weniger die Gleichen sind.

Wer frei denken will, muss auch frei lesen können

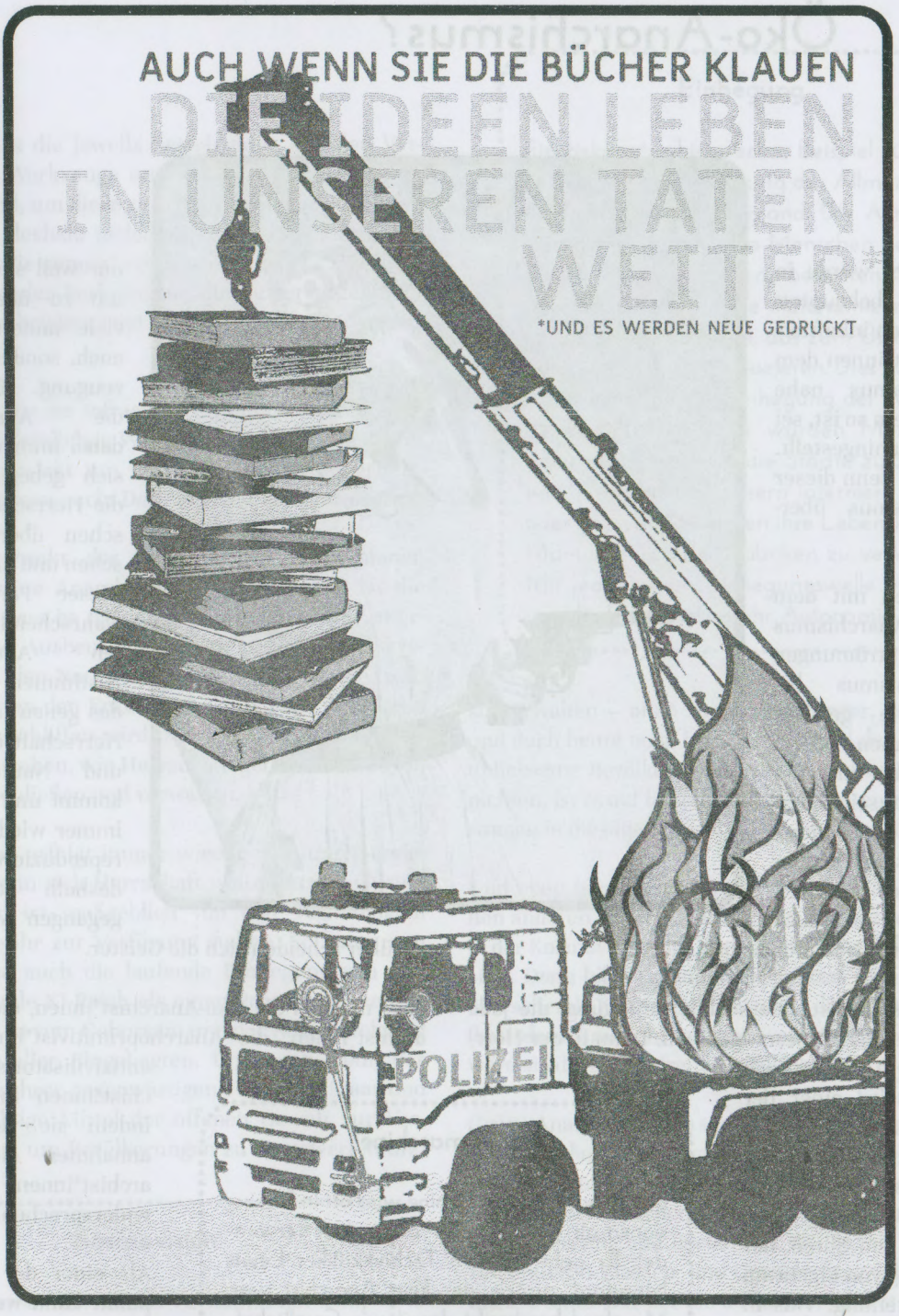
Es gibt unzählige Länder, in welchen das öffentliche Auftreten und Eintreten für anarchistische Ideen an sich mit Repression verbunden ist und dadurch kaum möglich: in Russland ging die Militarisierung des Landes offensichtlich auch mit einer wachsenden und massiven Zensur gegen öffentliche Proteste und Andersdenkende einher. Anarchist*innen können ihren Widerspruch oft nur mittels verschlüsselten Chat-Kanälen äußern, auf welchen sie über Sabotageaktionen berichten und sich zu diesen bekennen. Oft markiert die Unmöglichkeit, öffentlich Widerspruch zu äußern, die Linie zwischen Demokratie und Diktatur, doch gerade in Kriegszeiten ist dies eine sehr schwammige Linie, die in vielen Ländern verschwimmt. In Spanien löste vor einigen Jahren das Übertreten dieser Linie, als nämlich ein Rapper inhaftiert wurde, welcher in einem Text den König beleidigt hatte, riesige Proteste und Krawalle aus.

Generell sehen sich Anarchist*innen auch in Demokratien mit dem ständigen polizeilichen Bestreben konfrontiert, unsere Ideen und Positionen zu isolieren. Angesichts dieser Entwicklung ist öffentliches und nicht-anonymes Auftreten und Einstehen für unsere Vorschläge sowie die breite Präsenz und Zugänglichkeit eben dieser eine Stärke, die es umso mehr Menschen ermöglicht sich solidarisch zu zeigen. Denn umso mehr eine Bewegung und ihre Ideen ins Abseits gedrängt wurden, desto einfacher fällt es dem Staat, diese tatsächlich unsichtbar zu machen. So kann die massive Verbreitung von Zeitungen und Büchern Zensurmaßnahmen erschweren oder überflüssig machen. Andere Versuche in der Vergangenheit zielten unter anderem darauf ab, die Zensur lächerlich zu machen, indem sie aufzeigten, dass mit der gleichen Logik hunderte anarchistische und revolutionäre Bücher zensiert werden müssten, welche jedoch allesamt in öffentlichen Bibliotheken stehen. Wiederum andere Versuche lagen darin, die Paragraphen durch neue Namen oder Impressums zu umgehen, das Drucken von Zeitungen zu dezentralisieren und so weniger angreifbar zu machen, verbotene Artikel in anderen Zeitungen abzudrucken, oder aber den Druck im Ausland zu organisieren und die Zeitungen ins Inland zu schmuggeln... In der DDR, wie in der gesamten Sowjetunion, in welcher im Grunde jedes anarchistische Buch verboten war, gab es eine breite „Samizdat"-Bewegung: Eine Bewegung zur Verbreitung verbotener Literatur. Die Bücher wurden in der Regel aus dem Westen in die DDR geschmuggelt und in dieser dann unter der Hand weiter gegeben. Oft besaßen die Bücher falsche Cover und Titel, so dass der tatsächliche Inhalt der Bücher bei einer oberflächlichen Kontrolle nicht auffiel. Diese Samizdat-Bewegung war eng mit der Jugend- und Punkbewegung in der DDR verbunden, weswegen das Schmuggeln, Lesen und Weitergeben von verbotener Literatur oft eng verbunden war mit ebenso verbotener Musik.

Die Bücher von heute sind die Taten von morgen

Wir denken es ist notwendig, die stattfindenden Maßnahmen zur Verfolgung von anarchistischen Zeitungen und Ideen zum einen im Zusammenhang mit der breiten gesellschaftlichen Militarisierung zu verstehen und andererseits nicht die Theorie von der Praxis zu trennen – denn: dem Staat ist es ein Dorn im Auge, wenn subversive Bewegungen direkte Aktionen, Sabotagen und Selbstorganisation befeuern und diese auch noch öffentlich bewerben, gutheißen, rechtfertigen oder zu diesen Anleitungen verbreiten. Die größte Angst des Staates ist es, dass sich Akte der Revolte ausbreiten und eine antistaatliche Haltung in der Gesellschaft offen zu Tage tritt und Sympathie genießt. Erst eingebettet in den sozialen Kontext und innerhalb des sozialen Konfliktes kann ein Umgang mit Repression gegen anarchistische Ideen stattfinden, welcher nicht zur selbstbezogenen Nabelschau wird. Eine Analyse und ein Kampf gegen staatliche Repression, welcher diesen auf den Zweikampf „Anarchist*innen vs. Staat" reduziert, scheint zum Scheitern verurteilt. Denn ist es schließlich nicht das Ziel des Staates, dass Anarchist*innen sich in ihre Blase zurückziehen und nur noch über die Repression gegen Anarchist*innen sprechen, anstatt über die soziale Misere und die Kämpfe dagegen?

Nichtsdestotrotz ist es historisch in der BRD eine Besonderheit, dass Anarchist*innen eine derartige Repression angesichts des Vorwurfs erfahren, eine kriminelle Vereinigung gegründet zu haben, deren einziges Vergehen das Publizieren von Artikeln ist. Betrachten wir die Möglichkeit, dass der Paragraph der „Billigung von Straftaten"



womöglich zukünftig breitere Anwendung findet und es in der Vergangenheit sozusagen eine Gnädigkeit des Staates war, diesen Paragraphen aus seinem Repertoire nicht breiter zur Anwendung zu bringen, müssen wir uns fragen, was es zukünftig womöglich für Konsequenzen haben kann, öffentlich für unsere Ideen einzustehen und wie wir damit umgehen wollen. Diese Frage muss breit diskutiert werden.

Klar bleibt für uns auf jeden Fall: wenn es ein Verbrechen ist, anarchistische Texte zu schreiben und zu verbreiten, dann sind wir alle kriminell! Und: Nur wer eine Druckmaschine besitzt, verfügt über Pressefreiheit! Und außerdem: Angesichts der Kriege und Massaker dieser Welt der Autorität, ist es absurd und selbstzerstörerisch Akte der Revolte, welche Staat, Kapital und Patriarchat angreifen und sabotieren, nicht zu billigen und gutzuheißen.

Öko-Anarchismus?

Immer wieder wurde in den Medien behauptet, dass die beiden inhaftierten Anarchist*innen dem Öko-Anarchismus nahe stehen. Ob dem so ist, sei erst einmal dahingestellt. Doch was ist denn dieser Öko-Anarchismus überhaupt?

Meist werden mit dem Begriff Öko-Anarchismus bestimmte Strömungen im Anarchismus bezeichnet, die gewisse Grundannahmen teilen, aber dann bei anderen Punkten auseinandergehen. Diese Strömungen umfassen: grüner Anarchismus, Anarchoprimitivismus oder auch anarchistische Zivilisationskritik.

Der Anarchismus ist eine soziale Bewegung, die jede Form von Herrschaft beseitigen will. Denn in der Herrschaft und dem Streben nach Herrschaft wird einer der wichtigsten Treiber gesehen für die Entstehung von Patriarchat, Staatlichkeit und Kapitalismus, sowie dem Aufkommen von Eliten, der Durchsetzung von Eigentum und Arbeitsteilung. Was in Folge die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und die Verfestigung von Geschlechterrollen bedeutet, sowie zumeist Elend und Verwüstung, Krieg, Unterdrückung, sowie Ausbeutung und Vernichtung der lebendigen Welt.

Entsprechend sind Anarchist*innen Menschen, die gegen Herrschaft und Beherrschung vorzugehen versuchen – und das nicht nur weil sie es müssen, um zu überleben, wie viele andere Menschen auch, sondern aus Überzeugung. Eine Parole, die Anarchist*innen dabei immer wieder von sich geben, ist: Gegen die Herrschaft des Menschen über den Menschen und die Natur.
Dieser Parole können wahrscheinlich die meisten Anarchist*innen zustimmen, doch was das genau heißt, wie die Herrschaft über Mensch und Natur zustande kommt und wie sie sich immer wieder aufs neue reproduziert, und wie deshalb dagegen vorgegangen werden sollte, darüber scheiden sich die Geister.

Hier machen die Öko-Anarchist*innen, die grünen Anarchist*innen, die Anarchoprimitivist*innen und die antizivilisatorischen Anarchist*innen ihren Auftritt, indem sie vielen Grundannahmen anderer Anarchist*innen entschieden widersprechen.

Als einer der Hauptstreitpunkt kann wohl die Frage nach dem Einsatz von Technologie gesehen werden – den „Errungenschaften" der Megamaschine. Im Gegensatz zu den meisten anderen Strömungen, die eine Veränderung der Gesellschaft anstreben, seien diese nun andere Anarchist*innen, Marxist*innen, etc... behaupten grüne Anarchist*innen, dass es nicht nur darauf ankommt, wie eine Technologie genutzt wird.

Megamaschine

Der Begriff Megamaschine wird oft in Diskussionen als Synonym für Zivilisation verwendet. Er geht auf den Technikkritiker Lewis Mumford zurück, der kein Anarchist war. Mumford beschreibt damit wie Gesellschaften, die von Herrschaft durchdrungen sind, so mechanisiert werden, dass die Gesellschaft am Ende einer einzigen - Megamaschine - gleicht, wo jedes Individuum nur ein zum Wohl der Maschine synchronisiertes Rädchen ist, um diese am Leben zu halten. Spannend dabei ist, dass Mumford zeigt, dass es dabei nicht davon abhängig ist, wie komplex die Technologie der besagten Zivilisation ist. Sowohl z.B. das römische Reich als auch unsere techno-industrielle Zivilisation können als Megamaschinen gefasst werden.

Sie sagen, dass die jeweils bestehenden sozialen Verhältnisse die Werkzeuge und Mittel hervorbringt, die notwendig sind, um diese zu erhalten und auszuweiten. Und, dass es deshalb nicht nur darauf ankommt, wie eine Technologie genutzt wird, sondern dass Technologien in die sozialen Verhältnisse, die sie hervorgebracht haben, eingeschrieben sind und damit alles andere als neutral.

Das gilt auch für die Infrastruktur, die im Hintergrund meist in der öffentlichen Wahrnehmung wenig beachtet bis vergessen wirkt um die Technologien zu ermöglichen. (Siehe dazu auch: *Das Problem mit Windrädern*)

Ein weiterer Punkt, der oft für hitzige Diskussionen sorgt, den grüne Anarchist*innen aufbringen, ist die Feststellung, dass es nicht ausreichend ist, nur Unterdrückung und Ausbeutung durch ein Herrschaftssystem, wie z.B. den Nationalstaat zu thematisieren, weil damit oft nur an den Ecken und Kanten der jeweiligen Herrschaft geschliffen wird. Sondern, dass es notwendig ist, zu verstehen, wie Herrschaftsgefüge neue Bevölkerungen erschließen und verwalten.

Die Einhegung erfolgt immer wieder neu, unter anderem dann, wenn sich Herrschaft weiterentwickelt und erneuert und ist maßgeblich von den Technologien abhängig, die ihr zur Verfügung stehen. So kann man beispielsweise auch die laufende Einhegung von uns allen ins digitale KI-Reich als einen Prozess verstehen, der abhängig ist vom Gehorsam und der Regelbefolgung (Compliance) aller Eingehegten. Und auch wenn der Herrschaft in ihrer gegenwärtigen Form von Staat und Kapital unzählige Mittel der offenen Gewalt zur Verfügung stehen, um Bevölkerungen zu unterwerfen und zu verwalten – allen voran der Hunger, der historisch und auch heute noch immer ein Mittel der Wahl ist, um unliebsame Bevölkerungen zu unterwerfen oder zu vernichten, ist es auf lange Sicht viel potenter, neue Bevölkerungen in die eigene Kosmovision zu integrieren.

Einhegung

Ein bekanntes historisches Beispiel für Einhegung, ist die Einhegung der Allmende im 16. Jahrhundert in England. Die Allmende war geteiltes Land, wo Menschen gemeinschaftlich ihre Subsistenz bestritten. Subsistenz bedeutet über die Autonomie zu verfügen, selbst das Essen, das zum Überleben notwendig ist, zu produzieren. Dies Autonomie wurde mit der Einhegung der Allmende zerstört. In Folge wurden Menschen dazu gezwungen, in die Städte zu ziehen, wo sie in Arbeitshäusern interniert waren oder gezwungen waren ihre Lebenskraft in Manufakturen und Fabriken zu verkaufen. Mit jeder neuen Einhegungswelle entreißt uns die Herrschaft mehr Autonomie.

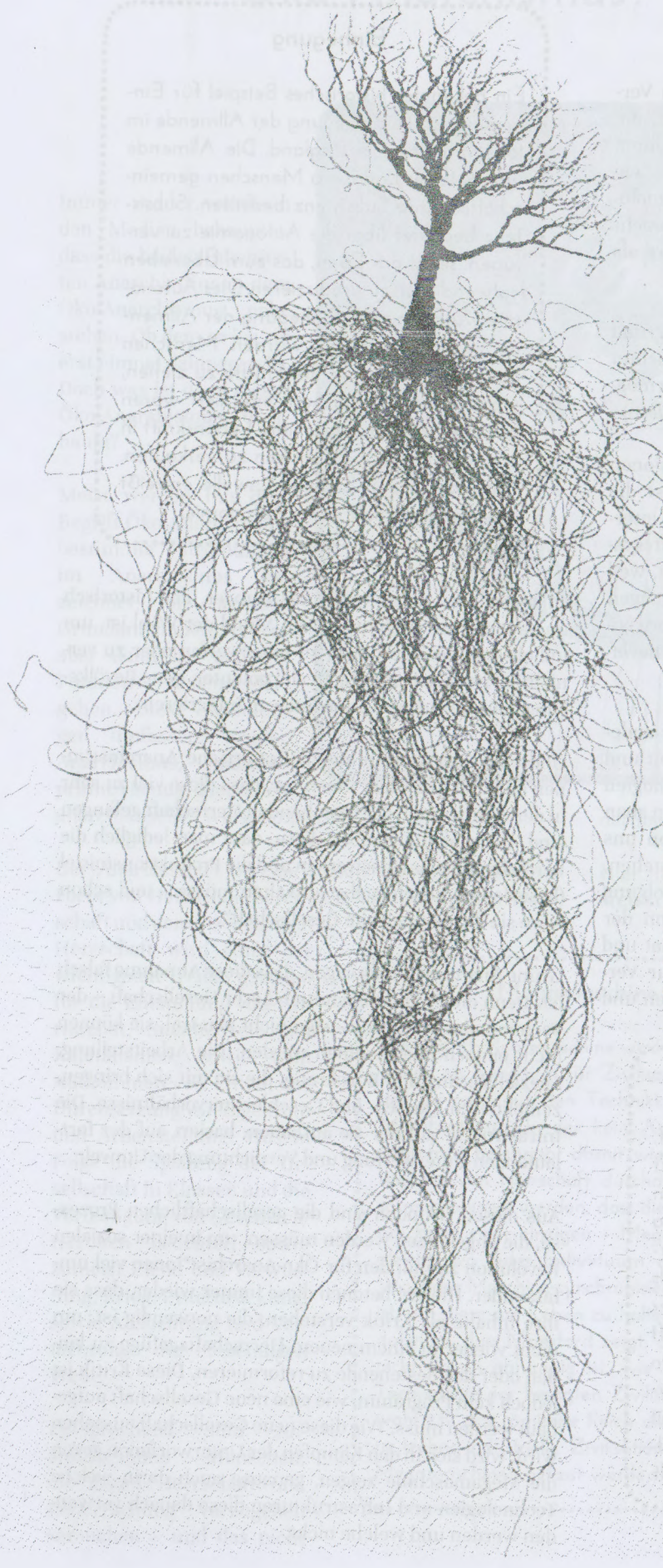
Kosmovision

Mit Kosmovision ist das Verhältnis gemeint, welche Geschichte(n) sich eine Gesellschaft oder Gemeinschaft über ihr Verhältnis zum Kosmos und zur Welt erzählt. Ob etwa „die Natur" eine Hure ist, die es zu unterwerfen und deren Geheimnisses es mittels Folter zu entlocken gilt, wie es Bacon, einer der Begründer der modernen Wissenschaft verlautbart hat oder ob „die Natur" z.B. ein Netz lebendiger Beziehungen unter verschiedensten Lebewesen ist, wo alles mit allem verbunden ist und mit der es entsprechend respektvoll zu interagieren gilt.

Und eben hier werfen antizivilisatorische Anarchist*innen anderen Anarchist*innen vor, dass diese viel zu sehr in der Kosmovision der bestehenden Herrschaft gefangen sind. Denn häufig glauben diese, dass man lediglich die herrschende Klasse loswerden und die Produktionsmittel (basisdemokratisch) selbstverwalten müsse – und schon wäre sie da, die „befreite Gesellschaft".

Grüne Anarchist*innen sagen, dass diese Annahme falsch ist. Denn die Produktionsmittel dieser Gesellschaft – der Techno-Industrialismus – sind nicht neu-tral, sie können nicht einfach übernommen werden. Die Arbeitsteilung, Spezialisierung und Bürokratie, die sie mit sich bringen, zementieren Klassen- und Geschlechterverhältnisse. Die Infrastruktur auf der sie aufbauen, basiert auf der fortlaufenden Unterwerfung und Vernichtung der Umwelt.

Aus diesen Gründen sind die gesellschaftlichen Prozesse, die angestoßen werden müssen, um in einer sozialen Revolution zu münden für Öko-Anarchist*innen viel umfassender. Hierbei betonen diese immer wieder, dass sie ihre Inhalte als Kritik verstehen, die notwendig ist, um nicht wieder in einem neuem Herrschaftsgefüge zu landen oder das Bestehende zu reformieren. Diese Kritik ist jedoch kein Programm, wie eine neue Gesellschaft aufgebaut werden muss. Wie diese neue Gesellschaft aussehen wird, wird sich in den Kämpfen der Unterworfenen gegen die Megamaschine zeigen, genauso auch darin welche Technologien und Infrastrukturen diese danach verwenden werden und welche nicht.



Erwischt: ihr nutzt doch auch Technologie!

Ein Vorwurf, der oft kommt, wenn man Technologie und ihre sozialen, ökologischen, etc. Auswirkungen kritisiert bzw. argumentiert, dass sie nicht vereinbar sind mit dem Ziel eines freien Lebens ohne Herrschaft. Dieser Vorwurf ist ein typisches Strohmann-Argument. Ein Strohmann-Argument legt einem Behauptungen in den Mund, die man so nie getätigt hat. Dieses Strohmann-Argument wird oft von Leuten verwendet, die sich nicht mit dem Inhalt der Kritik auseinandersetzen wollen. In dem Fall wird behauptet, Technologie und ihre Auswirkungen zu kritisieren und/oder vielleicht vorzuschlagen diese aus der Welt zu schaffen, wäre gleich bedeutend mit einem moralischem Dekret, dass man diese nie verwenden dürfte.

Was absurd ist, wird man doch gerade dadurch wie die Welt mittels eben dieser Gerätschaften eingerichtet ist, fortlaufend gezwungen diese zu verwenden - z.B. das Internet - wenn man in dieser Welt überleben will - was ja vielleicht gerade der Ausgangspunkt einer Kritik daran ist.

Das Problem mit Windrädern

Die inhaftierten Gefährt*innen N. und M. sind gemeinsam mit noch zwei weiteren Anarchist*innen in einem weiteren Verfahren der Billigung und Belohnung von Straftaten beschuldigt. Den vier wird vorgeworfen im Herbst 2024 ein Agitationsblatt mit dem Titel „Hetzblatt – Gegen den Windpark“ in der Region von Altöttingen in Bayern verteilt zu haben. Dieses Blatt hat lokal für Aufruhr gesorgt, denn die darin enthaltenen Beiträge waren wohl so zugänglich, dass sie *„geeignet [wären], bei einer nicht unerheblichen Personenzahl der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland eine Erschütterung des Vertrauens in die öffentliche Rechtssicherheit hervorzurufen.“*

„Diese Spinner, was haben die denn schon wieder, jetzt sind sie sogar gegen Windräder! Diese Nestbeschmutzer, machen uns auch wirklich alles madig! Windräder sind doch die Antwort auf die Klimak-r-i-s-e! Was ist nur falsch mit euch! Jetzt macht der Staat doch was ihr wolltet – erneuerbare Energien – und dann seid ihr erst recht wieder dagegen.“

Ganz einfach, Windräder im industriellen Maßstab sind weder erneuerbar, klimaschonend, noch nachhaltig, aber das ist gar nicht das eigentliche Problem...

... sie verschandeln auch noch die Landschaft...

Nicht erneuerbar.

Es sei denn man lebt in einer Fantasiewelt, wo die auf „Ressourcen“ reduzierte Umwelt, einfach so aus dem Nichts entsteht. Sonst wird auf den ersten Blick auf die für ein einziges Windrad benötigten Materialien klar, dass das nicht erneuerbar sein kein. Denn wir sprechen hier von tausenden Tonnen Material pro Windrad (Beton, Stahl, Eisen, Fieberglas, Kupfer sowie verschiedene seltene Erden). Ganz zu schweigen von den ganzen erdölbetriebenen Maschinen, die im Hintergrund laufen müssen, um die ganzen Ressourcen aus dem Boden zu holen und der Kohle, die im Herstellungsprozess verfeuert wird, sowie die ganzen erdölbetrieben Maschinen die die Teile dann verfrachten und aufbauen.

Auf den zweiten Blick, wenn man sich dann noch die Lebensspanne (derzeit 10-15 Jahre Off-shore, 20-40 an Land) und den Fakt ansieht, dass der Großteil der Materialien entweder zu teuer oder zu schwer zu recyceln ist und Millionen Tonnen toxischer Abfall mit den Rotorblättern anfallen wird (auch wenn natürlich heute das blau vom Himmel versprochen wird, dass das alles noch gelöst wird – wie einst bei der Endlagerung von Atommüll), dann wird klar, dass das „Erneuerbare“ in „Erneuerbare Energie“ nur ein Marketinggag ist.

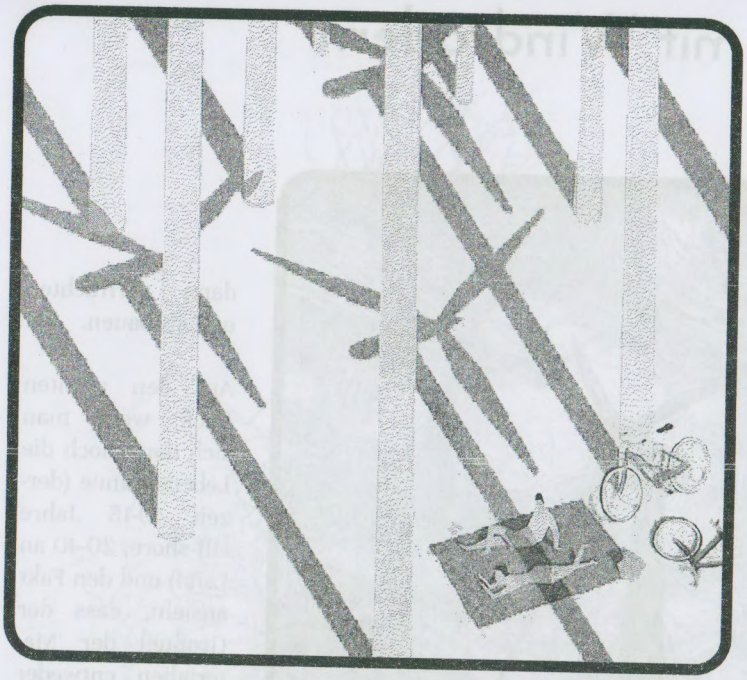
Nicht klima- und umweltschonend.

Dass das Klima herhalten muss, als Vorwand für den massiven Ausbau von Windkraft, also für noch mehr Erdzerstörung, ist schon irgendwie paradox, aber auch nicht verwunderlich. So dient „das Klima“ als eine sehr effiziente Verwirrstrategie der Herrschenden, um fundamentale Zerstörungsprozesse, die der gegenwärtigen Zivilisation eigen sind, auf eine abstrakte Ebene zu verschieben, wo Kritik dann in individuellen Konsum und Kaufverhalten kanalisiert wird, eine moderne Variante des Ablasshandels.

Bei all dem ist es fast schon witzig, dass Windkraftfabriken alles andere als klimaschonend sind – und wie sollte es auch anders sein? So beuten sie doch die Kraft des Windes aus um daraus Energie zu produzieren. Das hat natürlich reale Auswirkungen: Windkraftparks verändern das lokale Klima und das bis zu einem Radius von 30-50 Kilometer hinter den Windparks – weniger Wind, mehr Hitze. Und das ist nur ein Beispiel von vielen, die man hier aufzählen könnte, wie Windkrafträder, das Gebiet beeinflussen bzw.nachhaltig vergiften in dem sie gebaut werden.

Nicht nachhaltig.

„Erneuerbare Energie“ wird darüber hinaus als



nachhaltig und als Ersatz für die fossilen Energieträger verkauft – auch das ist kompletter Humbug.

„Erneuerbare Energie" ist eine Ergänzung zur fossilen Energie. Nicht mehr und nicht weniger. Das Problem ist ja nicht „ein Windrad, das sich eine Gemeinde aufstellt." Vor allem weil es dieses eine Windrad in dieser einen Gemeinde nicht gibt. Denn was notwendig ist, um ein Industriewindrad – denn davon sprechen wir hier – zu ermöglichen, ist ein technologisch industrieller Komplex, samt seinem extraktivistischen Apparat, seinen Lieferketten und seinen Produktionsstätten. Und genau für diesen Komplex wird der Ausbau von Windrädern im industriellen Maßstab vorangetrieben – um ihn zu verewigen und abzusichern.

Ein gutes Beispiel dafür ist der Windpark für den der Altöttinger Forst in Bayern geopfert werden soll und gegen den das „Hetzblatt gegen den Windpark" erschienen ist. Dieser Windpark wird keine fossilen Energieträger ersetzen. Sein Zweck ist die petrochemischen Konzerne des sogenannten bayrischen Chemiedreiecks mit noch mehr Energie zu versorgen bzw. diesen ein grünes Image zu verpassen.

... das eigentliche Problem: Die Erpressung durch die Megamaschine

Wieso gibt es angesichts der verheerenden sozialen und ökologischen Katastrophen, die die Megamaschine verursacht, in der wir alle zu leben gezwungen sind, kaum gesellschaftliche Diskussionen diese zu drosseln oder gar abzuschalten? Wieso wird die Pille von der „Grünen Energie" so einfach geschluckt?
Vielleicht weil unbewusst den meisten klar ist, dass unser aller Überleben von ihrem Fortbestand abhängt – zumindest gegenwärtig.

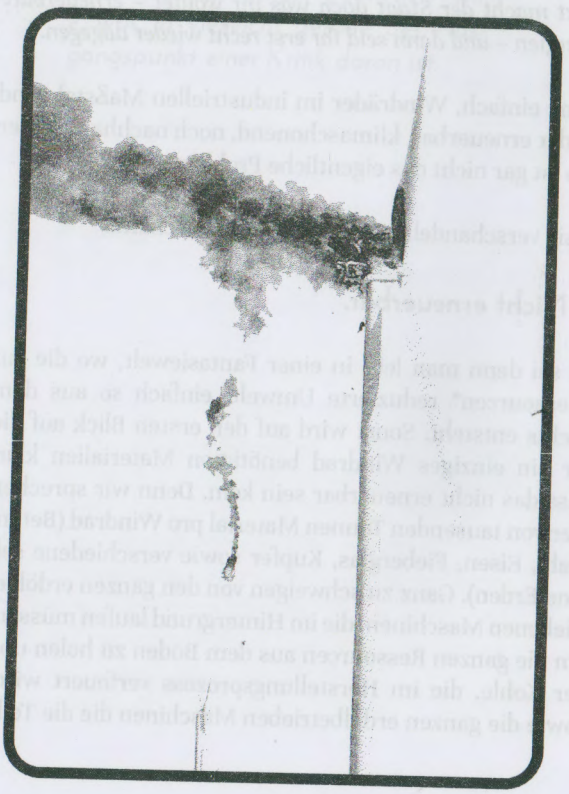
Das Gemeine dabei ist, dass selbst jene die das realisieren und die Staat und Kapital feindlich gesinnt sind, ein materielles Interesse haben (müssen), dass diese fortbestehen.

Und das selbst wenn es nicht unwahrscheinlich ist, dass die Megamaschine mit ihrem unstillbarem Hunger irgendwann den gesamten Planeten mit allen Lebensgrundlagen verschlingen wird.

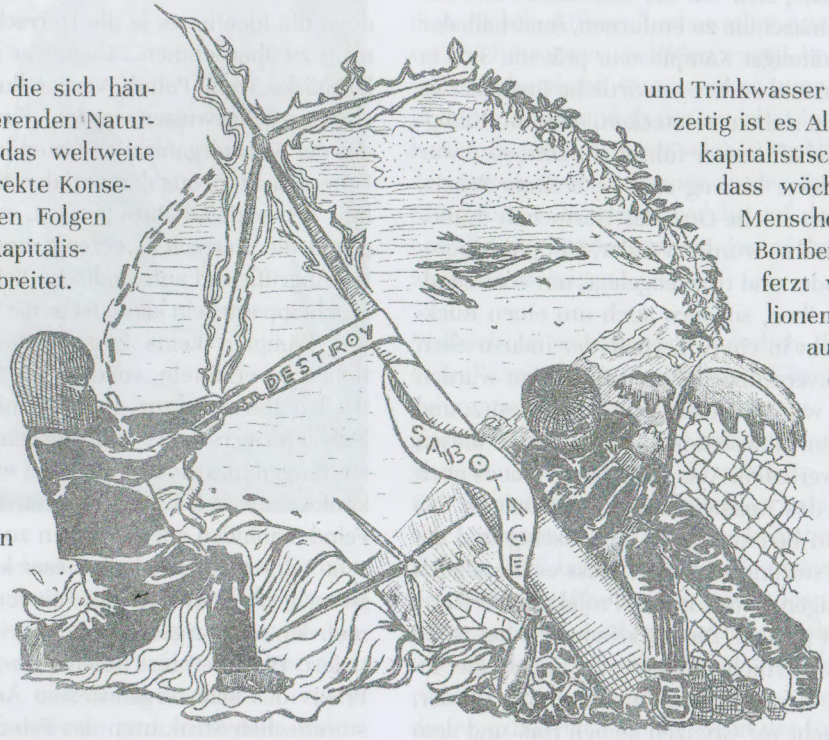
Damit ist das eigentliche Problem: dass jeder neuer Energieträger und jede neue Energiequelle, die im industriellen Maßstab erschlossen werden, die Zwangsabhänigkeit gegenüber der Megamaschine sowie deren Vernichtungskapazitäten weiter nach oben schrauben – und das nicht erst seit der Atomenergie.

Auch wenn diese sowohl Zwangsabhänigkeit wie Vernichtungskapazität mit einer weiteren existenzbedrohenden Ebene – der nuklearen Erpressung – ausgestattet hat.

Das können wir uns bei der ersten Energiequelle ansehen, die die Megamaschine immer an sich reißt – Nahrung. Sobald die Megamaschine eine menschliche Bevölkerung erschließt und unterwirft, verunmöglicht sie deren Subsistenz, also die Autonomie selbst für ihre Ernährung zu sorgen. Von da an müssen die Menschen für das Wohl und die Ziele der Megamaschine schuften, welche jetzt auch ihr Wohl und ihre Ziele sind.



Über die Praxis der Sabotage in ökologischen Kämpfen



Die Gewissheit, dass die sich häufenden und intensivierenden Naturkatastrophen sowie das weltweite Artensterben eine direkte Konsequenz der schädlichen Folgen des industriellen Kapitalismus sind, ist weit verbreitet. Während apokalyptische Waldbrände, Flutkatastrophen und durch massenhaftes Fischsterben ausgelöste Ausnahmezustände den Mittelmeerraum in Beschlag nehmen, quälen immer heftigere Dürren und Hungersnöte die Subsahara – und gleichzeitig wird im Kongo seit über 30 Jahren ein Krieg um die Rohstoffe geführt, welche vom industriellen Kapitalismus so dringend benötigt werden. Trotz all des Grauens und all des Elends in dieser von Kriegen und atomarer Verstrahlung verpesteten Welt, scheint ein generelles Hinterfragen der materiellen Produktionsbedingungen des industriellen Kapitalismus für nur wenige „realistisch" zu sein. So sehr ist unser Leben und Überleben mit der Industrie und Technologie verquickt und verbunden. Oder wird unser Leben durch diese nicht viel eher kolonisiert? Genauso wie unsere Fantasie und unser revolutionäres Gedächtnis?

Wir befinden uns momentan innerhalb einer weiteren industriellen Neustrukturierung: Diese wird die Kolonisierung unseres Denkens und Handelns durch Technologie noch um ein vielfaches erhöhen. Die stattfindende vierte industrielle „Revolution" soll dafür sorgen, dass alles mittels künstlicher„Intelligenz" produziert wird und KI ebenso in alle technischen Produkte implementiert wird – was wiederum neue Absatzmärkte und technologische Entwicklungen, sowie neue Rohstofferfordernisse, neue Minen und neue industrielle Zerstörung bedeutet. Während wir all das stillschweigend beobachten, sind die Böden unter unseren Füßen von all dem Chemie-Dünger der Agrarindustrie unfruchtbar geworden, die AKWs und Pharmaindustrie haben die Flüsse verstrahlt und vergiftet, durchschnittlich jede*r dritte unser Freund*innen bekommt Krebs und leidet an Autoimmunerkrankungen, während Mikroplastik und Nanotechnologie unser Essen und Trinkwasser verpesten. Gleichzeitig ist es Alltag innerhalb des kapitalistischen Status Quo, dass wöchentlich tausende Menschen in Kriegen von Bomben und Minen zerfetzt werden und Millionen von Menschen auf der Suche nach einem besseren Morgen alles hinter sich lassen, um zu fliehen. Ein Status Quo an den wir uns schon gewöhnt haben? Innerhalb dieses deprimierenden Szenarios, glauben wir weder, dass uns zehntausende neue Windräder, das Verbuddeln von konzentriertem CO^2, noch selbstfahrende Autos, intelligente Killerdrohnen oder sprechende Sex-Roboter retten oder auch nur irgendwas an dieser Misere verbessern würden. Wir denken,dass es einen Bruch mit dem gegenwärtigen System braucht und kein weiter so. Wir wollen auf eine Art und Weise leben, die im Einklang mit der Erde und allen auf ihr lebenden Tieren, Bergen, Wäldern, Flüssen und Weltmeeren steht, anstatt diese zu vergiften, auszusaugen, totzubomben, genetisch zu manipulieren und als Zombie wieder auferstehen zu lassen.

Wollen wir also über ein Leben in Freiheit reden, halten wir eine grundlegende Kritik jeder Form von Herrschaft für unabdingbar. Die gegenwärtige Herrschaft, Zerstörung und Kolonisierung der Erde wurde durch das alles umfassende kapitalistische industrielle System ermöglicht und bewerkstelligt – eine Kritik der Herrschaftsmittel, der technologischen Infrastruktur im Allgemeinen, muss also Teil einer revolutionären Perspektive sein. Im Kontext der stattfindenden industriellen Neustrukturierung werden auf der ganzen Welt neue Autobahnen und Fabriken errichtet, neue Minen eröffnet, neue industrielle Windkraftanlagen, Staudämme und Serverfarmen gebaut. All diese Projekte bedeuten ein Voranschreiten der industriellen Zerstörung – und deswegen können sie auch Angriffspunkte und Kristallisationspunkte für Kämpfe sein.

Zwar könnte man auch sagen, nun gut, wir haben keine Lust auf ein Leben inmitten des industriellen Kapitalismus – lasst uns doch aussteigen. Und tatsächlich war diese Idee und Praxis, sich von der Herrschaft und der industriellen Megamaschine zu entfernen, innerhalb der Geschichte widerständiger Kämpfe sehr präsent. Sich in die Wälder, Sümpfe und andere unwirtliche Regionen zu flüchten – sei es um sich zu verstecken, oder um Kämpfe gegen die Herrschaft besser führen zu können – war über die Jahrhunderte hinweg eine verbreitete Praxis. Entsprechend waren solche Orte der Herrschaft immer ein Dorn im Auge und so wurden Wälder, Sümpfe, Moore, etc. nicht nur gerodet und trockengelegt, um dort Landwirtschaft zu betreiben, sondern auch um einen Rückzug bzw. eine Flucht in ein Außerhalb der industriellen Megamaschine zu verunmöglichen. Ländereien wurden eingehegt, Wälder wurden Staats- oder Privatbesitz, und das Leben, Schlafen, Holzsammeln und Jagen in diesen wurde illegal und verboten. Aber auch heute gibt es noch diese Perspektive des Aussteigertums -- jedoch ist das industrielle System heutzutage so engmaschig und die kapitalistische Zerstörung so massiv, dass es unmöglich ist, völlig auszusteigen, ohne mit den Projekten der Herrschaft konfrontiert zu sein. Die Agrarindustrie hat weite Teile der Erde in unwirtliche Wüsten verwandelt, die Abholzung schneidet immer tiefere Furchen in die Wälder, die Klimakrise macht vor Grenzen keinen Halt und dem Lärm der Flugzeuge, Autobahnen und Rotorenblätter der Windräder kann man kaum entfliehen. Ganz nebenbei gesagt haben sich die künstlich angelegten monokulturellen Forste in Nordeuropa in nicht allzu kleinen Teilen in Waldfriedhöfe verwandelt, weil sie zu wenig resistent gegen Parasiten waren, während von nicht allzu kleinen Teile der Wälder in Südeuropa nichts weiter übrig ist als zigtausende verkohlte Baumstümpfe. In diesem Sinne ist es der industriellen Megamaschine relativ egal, ob wir in Frieden in unserer Aussteiger*innen-Kommune in der Walachei unsere Tage fristen wollen – die Expansionsbestrebungen des Kapitalismus sind auf der ganzen Welt präsent – in den Städten, in den Wäldern, im Meer, im Weltraum, auf dem Tiefseegrund sowie auf Mond und Mars.

Eine Option sich diesen Expansionsbestrebungen entgegen zu stellen, ist der Versuch beispielsweise Wälder oder Ländereien zu besetzen und die verbleibenden Stücke Natur zu verteidigen. Wobei man hier leider erwähnen muss, dass das Meiste, was gegenwärtig im Gebiet des deutschen Staates als „Waldbesetzung“ bezeichnet wird, leider keine Besetzungen sind, mit ein paar wenigen Ausnahmen – z.B. nach wie vor dem Hambacher Forst – sondern angemeldete Dauerkundgebungen, die entsprechend gezwungen sind mit den Bullen fortlaufend zu kooperieren, wenn sie ihren legalen Rahmen nicht verlieren wollen. Letzteres zeigt wiederum auf, dass auch der Versuch konkrete Orte zu erhalten, bis zu einem gewissen Grad von dem Wohlwollen der Herrschenden abhängig ist, sofern nicht die Stärke entwickelt wird, diese zu verteidigen. Wobei Stärke aus anarchistischer Sicht hier eine soziale sein muss und nicht eine militärische, denn die Idee ist es ja die Herrschaft zu zerstören und nicht zu übernehmen... Doch was meinen wir mit sozialer Stärke, wenn Politik, Verhandlungen und Machtspielchen zurückgewiesen werden? Eine soziale Stärke rührt aus der Selbstorganisation unter den Ausgebeuteten und Unterdrückten, aus den sozialen Kämpfen und der Qualität der sozialen Beziehungen, welche eine Spannung gegen die Herrschaft erzeugt und der Ausgangspunkt für Angriffe und aufständische Bestrebungen gegen den Machtapparat sein kann. Ist es die Perspektive, innerhalb von Kämpfen keine Zugeständnisse oder Machtpositionen zu erbetteln, sondern die Strukturen der industriellen Infrastruktur und des mit ihr einhergehenden globalen Herrschafts- und Ausbeutungssystems zurückzudrängen und zu zerstören, ist es notwendig, auf einer konfrontativen Haltung zu beharren und sich nicht vom Feind einbinden oder einlullen zu lassen. Der aufständische Vorschlag innerhalb dieser konfrontativen Haltung ist es, die Infrastruktur des Feindes zu schwächen, indem man den selbstorganisierten Angriff vorschlägt und praktiziert. Die Anarchist*innen zielen also darauf ab, diese Praxis des selbstorganisierten Angriffs gegen die zerstörerischen Strukturen des Feindes zu verbreiten. Ihre Propaganda, die Infrastruktur des Feindes anzugreifen, versuchen sie durch Worte und Taten zu verbreiten. Dieser Vorschlag, verstreute Nadelstische gegen die überall präsente Infrastruktur der Herrschaft auszuführen, kann zu Unterbrechungen im Motorraum des industriellen Systems führen... und sich mit etwas Glück, verbreiten und ausweiten.

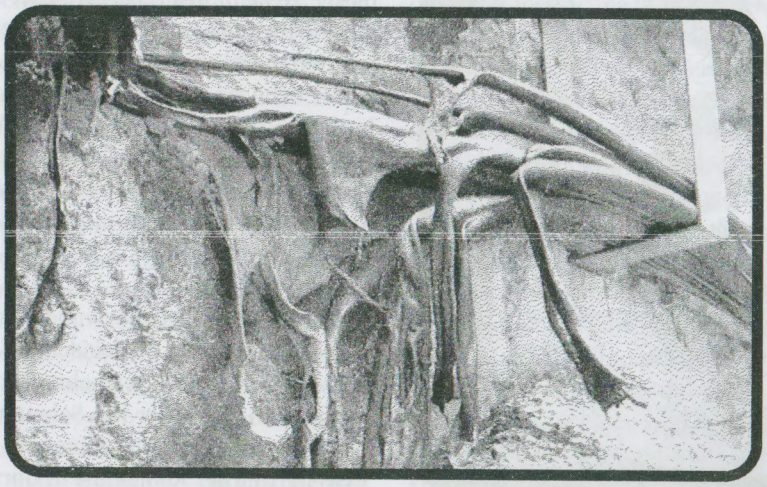
Inwiefern soziale Kämpfe eine offensive Dynamik annehmen, ist von verschiedenen Faktoren abhängig. In Deutschland ist die generelle Stimmung innerhalb von sozialen Kämpfen von Befriedung und Verhandlungen geprägt. Das war allerdings nicht immer so. Ein Beispiel für einen massiven und offensiven Konflikt mit dem Staatsapparat und dessen Industrie ist der Jahrzehnte anhaltende Anti-AKW-Kampf in Deutschland. Dieser kristallisierte sich zum einen an dem Kampf gegen ein atomares Endlager in Wackersorf als auch an dem lange anhaltenden Kampf gegen ein atomares Zwischenlager in Gorleben im Wendland. Während ein breites Sammelsurium aus Anwohner*innen, Ökogruppen und autonomer und anarchistischer Bewegung durch Proteste, Krawalle und Konfrontationen dazu beitrug, dass ein atomares Endlager 1986 in Wackersdorf verhindert wurde, erlebte der bis in das Jahr 2012 anhaltende Kampf im Wendland viele Höhen und Tiefen. Während der Kampf sich einerseits durch eine starke und vielfältige lokal verankerte Protestkultur auszeichnete, war es vor allem ein Faktor, welcher dem Kampf eine besondere Stärke verlieh: die

breite Solidarität zwischen unterschiedlichen Formen sich zu wehren und anzugreifen. Während die Bauern mit ihren Traktoren die Bullen und Atomtransporte blockierten, betonierten andere sich auf den Gleisen fest, während andere Schlaf- und Kochinfrastruktur organisierten, andere demonstrierten und wiederum andere die Bullen angriffen und über das Wendland hinaus die Firmen der Atommafia in feurigen Angriffen beehrten. Letztlich wurde 2012 entschieden, dass kein atomares Zwischenlager in Gorleben gebaut wird. Aus heutiger Sicht ist es spannend zu sehen, dass bereits in den 80er und 90er Jahren das Thema der Klimaerwärmung in den ökologischen Kämpfen präsent war – was jedoch nicht dazu führte, dass die damaligen Akteur*innen die Atomkraft glorifizierten, so wie es heutzutage in allzu vielen Kreisen passiert, da sie ja angeblich CO^2-arm sei (was nicht stimmt, betrachtet man den Uran-Abbau). Aber vor allem war in jenen Jahren der atomare Supergau in Tschernobyl ein überaus präsentes Ereignis, welches der gesamten Menschheit vor Augen führte, wie grausam und widerwärtig die Nukleartechnologie ist (und zwar nicht nur ihre Verwendung als Bombe, wie man in Fukushima und Nagasaki gesehen hat). Während Ausgangsbeschränkungen verhängt wurden und saurer Regen auf Europa niederprasselte, reagierten in den Monaten nach Tschernobyl etliche Menschen dergestalt, dass sie sich unabhängig voneinander dazu entschieden dezentral hunderte Strommasten umzusägen. So wurde das Stromnetz der Industrie geschwächt und angegriffen, welche auch in Deutschland all die schädliche Nuklearenergie benötigt. Diese Angriffe wurden in autonomen und anarchistischen Zeitschriften und Broschüren erläutert, besprochen und erklärt, was oft dazu führte, dass diese Blätter zensiert und verboten wurden. Anleitungen zum Umsägen von Strommasten waren nichtsdestotrotz weit verbreitet und von Starnberg bis nach Gorleben wackelten und fielen die tonnenschweren Kolosse in regelmäßigen Abständen. Aber auch über die Grenzen der BRD hinaus sah sich die Industrie mit dieser Welle diffuser, barbarischer Angriffe konfrontiert, welche für massive Schäden sorgte. Besonders in Italien wurden hunderte Strommasten umgesägt, aber auch in der Schweiz und in Österreich. Die deutschen Bullen hatten in jener Zeit ein solches Problem mit umfallenden Strommasten, dass sie an den Strommasten selbst Mikrofone anbrachten, welche auf das Quietschen der Metallsägen reagierten, um den nächsten Polizeiposten zu benachrichtigen.

Vielleicht ist es nicht verwunderlich, dass mit dem Wiederaufkommen von ökologischen Kämpfen in den letzten Jahren auch wieder vermehrt Strom-, Daten- und Energieflüsse in das Visier von Saboteur*innen geraten. Kurz nach der Räumung von Lützerath im Jahr 2022 für die Erweiterung der Kohlemine in Garzweiler, wurde ein riesiger Stommast umgesägt, was beinahe dazu führte, dass die von RWE betriebene Mine komplett angehalten werden musste. Während sich ganz allgemein die Technologie seit den 80er Jahren massiv ausgebreitet hat und wir überall von Mobilfunkantennen, Glasfaserkabeln, Windrädern und E-Ladesäulen umgeben sind, haben sich auch die Angriffe und Kämpfe gegen das industrielle System der Zerstörung verändert und ausgeweitet. Sabotagen an diesen verschiedenen technologischen Infrastrukturen sind kleine Unterbrechungen und Nadelstiche, welche das industrielle System und dessen Zerstörung der Erde ärgern und angreifbar machen können. Sind sie Teil von breiteren offensiven Dynamiken, können sie dafür sorgen, dass die Ausweitung von zerstörerischen Infrastrukturprojekten Einhalt geboten wird... und das System der industriellen Zerstörung immer weiter hinterfragt wird. Betrachten wir all die sich im Bau befindlichen industriellen Megaprojekte, wie neue industrielle Windparks, neue Minen und Autobahnen, und gleichzeitig all die lokalen Widerstandsinitiativen, Proteste und Sabotagen, können wir nur hoffen und alles darauf setzen, dass eine radikale Bewegung und offensive Revolte gegen die absolute industrielle Zerstörung der Erde gerade in den Kinderschuhen steckt... und sich zyklisch und dynamisch intensiveren wird.

Wir denken, dass es zukünftig sehr wichtig sein wird, die Kämpfe gegen Ökozid und Krieg zu verbinden: beide ereignen sich offensichtlich vor dem gleichen Hintergrund einer sich intensivierenden technologischen Ausbeutung und eines weltweiten Aufrüstens und Wettrennens um Rohstoffe. Gelingt es uns, Sabotagen als Referenzpunkt in der sozialen Vorstellungskraft dieser Kämpfe zu verankern, kann dies ein Mittel sein, um zunehmend tiefere Breschen in die Megamaschine zu schlagen und uns dem Horizont einer generalisierten befreienden Revolte zu nähern.

Zündfunken & teuflische Feuer gegen die Herrschaft



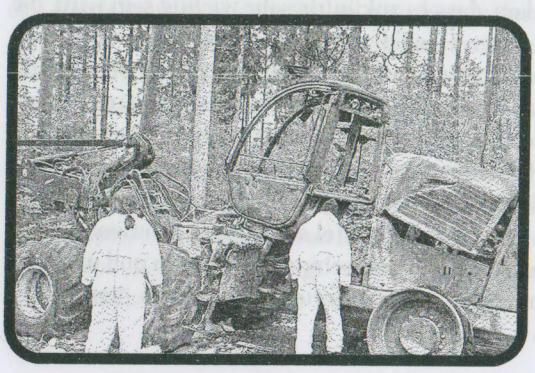
Es folgt eine unvollständige Auflistung einiger Brandangriffe gegen staatliche und kapitalistische Strukturen in München und Region während der letzten Jahre. Wir konzentrieren uns auf Angriffe mit Feuer, da alles andere den Rahmen sprengen würde. Dies soll keine Hierarchisierung der Mittel befördern. Wir wollen mit dieser Auflistung all diese Momente der Revolte davor bewahren, in Vergessenheit zu geraten – und gleichzeitig hervorheben und kontextualisieren, dass es in in den letzten Jahren in München zu einer Verbreitung und Intensivierung von Sabotagen und Brandangriffen kam. Das Gerede der Medien von „Straftatenserien" gibt es schon seit vielen, vielen Jahren. Wir haben es offensichtlich nicht mit verwirrten Einzeltäter*innen zu tun, sondern mit feurigen Antworten auf die Projekte der Macht. Diese Taten passieren innerhalb eines sozialen Konflikts, denn es scheinen offensichtlich nicht alle damit einverstanden zu sein, dass sich die Stadt in ein smartes Tech-Paradies für Bonzen und Bullen verwandelt, während die Räder der Ausbeutung, Umweltzerstörung und Repression geschmiert und ungestört laufen... die Chronik hätte auch noch viele Jahre weiter in die Vergangenheit reichen können, denn rebellische Momente und Sabotagen sind nichts Neues in München und werden offensichtlich auch nicht durch die ein oder andere Repressionswelle oder Verhaftung beendet werden.

19.11.19 Ein Funkmast in der Landsberger Str. fackelt komplett ab.

19.12.19 „In der Nacht zum 19.12.2019 haben wir zwei Hauptkabel von Vodafone und den Stadtwerken München an zwei Isarbrücken in München mit Feuer lahmgelegt. Die Kabel versorgen neben Großbetrieben wie BMW das Heizkraftwerk Nord der Münchner Stadtwerke. Ziel war, einen möglichst hohen Sachschaden anzurichten, um die herrschende Klimapolitik praktisch anzugreifen."

19.02.20 Feuer an einem Funkmast und zwei Trafoschränken im Perlacher Forst. [Kurz danach: Beginn von Ausgangsbeschränkungen und Corona-Ausnahmezustand.]

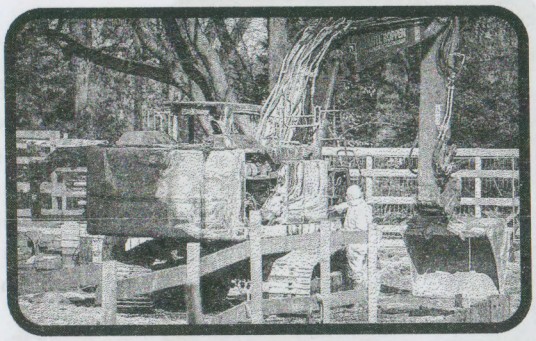
17.04.20 In Allach und Johanneskirchen kommt es zu Bränden an Kabeln der DB und Glasfaserkabeln.



22.05.20 Ein Übertragungsfunkmast des Bayrischen Rundfunks wird angezündet.

08.07.20 Ein riesiger Funkmast auf dem Gelände der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) brennt komplett ab.

28.08.20 Auf einem Baustofflager in Neuhausen fackeln ein Bagger und ein Kompressor ab.



13.12.20 PKW von Vonovia und Dussmann fackeln ab. [In diesen und den folgenden Wintermonaten herrscht eine nächtliche Ausgangssperre in Bayern.]

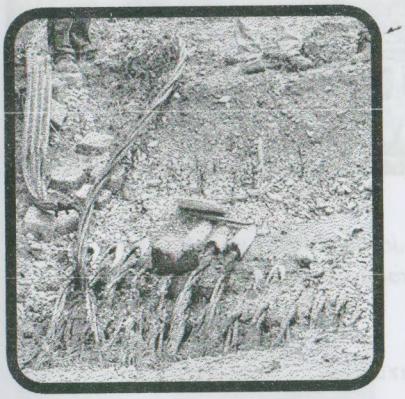
26.12.20 LKW von BauWatch fackelt in Untergiesing ab.

31.12.20 Mehrere „Energieanschlusssäulen" werden während der Covid-Ausgangssperre kurz vor Silvester in Neuperlach sabotiert. „Nix war's mit Neujahrsgrüßen via Skype oder Zoom", titelt die Presse.

07.02.21 Ein Auto der Telekom fackelt ab.

21.05.21 Ein Feuer in einer Baugrube sorgt für einen Stromausfall im Münchner Osten. Der Angriff richtet sich gegen den vom Stromausfall betroffenen Rüstungskonzern Rohde & Schwarz.

13.07.21 Signalkabelbrand in Obergiesing. Der Brand wird vorzeitig gelöscht.



03.08.21 Das 350 Meter lange Förderband in der Kiesgrube im Forst Kasten fackelt ab. Die Grube sollte vergrößert werden, weswegen der Forst Kasten gerodet werden sollte.

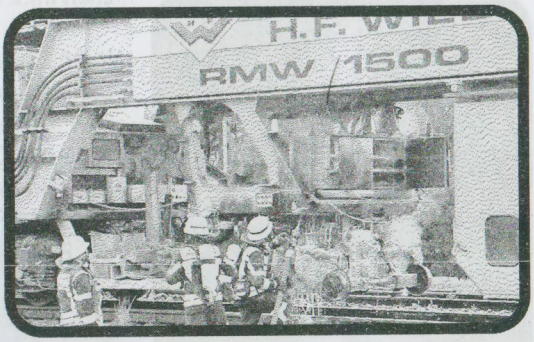
06.08.21 Drei Porsches fackeln unter einem Carport ab. Ein Sammlerstück ist auch dabei – deswegen beläuft sich der Schaden auf ca. zwei Millionen Euro.

03.11.21 Bei einem Brand in einem Kieswerk in Oberhaching entsteht eine Millionen Euro Schaden. Kieswerke buddeln nicht nur grässliche Gruben in die Erde, sondern liefern auch das Material zur Herstellung von Beton – damit noch mehr Autobahnen, Knäste und Windräder gebaut werden können.

25.11.21 Privatauto von einer Polizistin vor Bullenstation abgefackelt.

10.02.22 Der idyllische Egggarten soll abgerissen werden. Doch nachdem zwei zum Abriss eingesetzte Bagger abfackeln, kommt es zu einem ungeplanten Abrissstopp.

17.03.22 In Ebersberg brennt ein Schaltkasten der DB, 20 Meter entfernt der Schaltkasten eines Mobilfunkmastes.

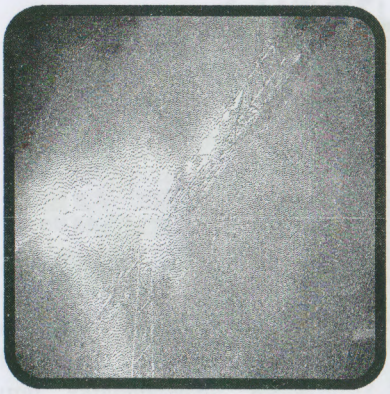


22.06.22 Während der G7-Gipfel in Elmau stattfindet, fackeln in München Haidhausen acht Polizeifahrzeuge ab.

25.07.22 Auf einem Baustellenlager für Glasfaserkabel brennen mehrere Baustellenlastwagen, etliche Baumaschinen, Geräte, Arbeitsmaterial sowie einige große Kabeltrommeln. Der Ausbau des Glasfasernetzes in Obersendling verzögert sich daraufhin um ein halbes Jahr.

19.11.22 Auf einem Parkplatz der Bundeswehr-Uni in Neubiberg werden zwei Autos abgefackelt.

22.2.23 *„wir haben am morgen des 22.03.23 einen porsche der oberklasse den flammen übergeben. das fahrzeug stand am ende eines überdachten vorbaus des porschezentrums münchen. ökologische zerstörung beginnt hier, hier müssen wir sie stoppen. wir arbeiten daran."*



19.05.23 In Sendling brennen zwei E-Autos des Stadtwerke München ab. In der Nähe wurde ein Graffiti hinterlassen - „No HKW" - kein Heizkraftwerk also.

26.05.23 Bei einem Großbrand auf einer Baustelle in Harlaching sind 26 Glasfaserkabeltrommeln zerstört worden. Das war's dann erst mal mit dem schnellen Internetanschluss im HomeOffice.

09.06.23 Ein Telekom-Sendemast brennt in Waldtrudering komplett ab - beziehungsweise rauf, denn das Feuer breitet sich bis zur Spitze des 30 Meter hohen Mastes aus.

26.06.23 Du heiliger Bimbam! Am Sonntagmorgen übertrug das ZDF-Fernsehteam noch live den Gottesdienst aus der Kirche St. Maximilian - und am Montagmorgen war von dem MAN-Truck des mobilen Produktionsteams vor der Kirche schon samt Spezialausrüstung nur noch Schutt und Asche übrig.

04.07.23 Ein Tesla und ein E-Mini fackeln an einer E-Ladesäule in der Au ab.

08.07.23 Drei Fliegen mit einer Klappe: Ein Bagger unter einer Isarbrücke am Föhringer Ring fackelt ab, verkohlt so gleich die unter der Brücke entlang laufenden Kabelschächte und sorgt auch noch dafür, dass der Verkehr auf dem Ring eingestellt werden muss.

10.07.23 *„Die Repression gegen Klimaaktivist*innen soll nicht unbeantwortet bleiben () Wir haben deshalb als erste Reaktion in der Nacht vom 9.7. auf den 10.7. in einem Schnellverfahren zwei BMW SUVs durch einen Brandsatz zwangspensioniert und in den vorzeitigen Ruhestand versetzt."*

16.07.23 Ein Funkmast im Forstenrieder Park nähe Pullach wurde angezündet.

26.07.23 Auf der umzäunten Baustelle für eine neue U-Bahnstation in Martinsried wird Feuer an zwei Baggern gelegt. In Martinsried entsteht eine neues Biotechnologisches Forschungszentrum der TU München. In der gleichen Nacht fackelt eine Forstmaschine im Perlacher Forst ab.

14.08.23 Ein Bagger brennt auf einer Baustelle der Stadtwerke München im Münchner Süden.

16.08.23 Auf einer Baustelle auf einer Autobahn im Münchner Osten brennt eine Asphaltfertigermaschine.

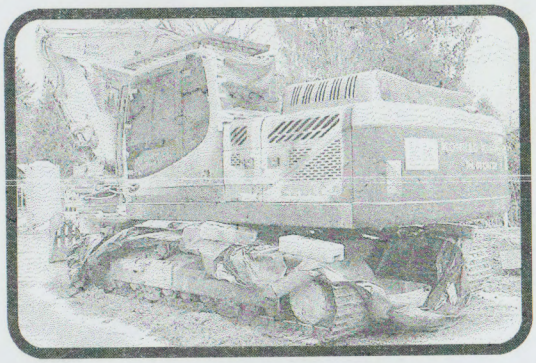
23.10.23 Das größte Geothermieverbundprojekt Europas erleidet einen herben Schlag: die Verlegung neuer Geothermieleitungen im Perlacher Forst wird durch drei Brände sabotiert. Die Fertigstellung des Projekts verzögert sich um ein halbes Jahr.

28.10.23 Ein Eisenbahnkran brennt auf den Zuggleisen in Richtung Flughafen und blockiert den Güterverkehr.

10.11.23 Ein Bagger und ein LKW brennen auf einer Baustelle der MVG in Johanneskirchen.

11.12.23 An der Ludwigsbrücke im Münchner Zentrum brennt ein Kabelschacht an einer

beheflsmäßigen Fußgängerbrücke, die wegen einer Baustelle eingerichtet wurde. Folgen unklar. In der gleichen Nacht brennt im Perlacher Forst und im Forst Karsten jeweils ein Harvester – zwei Waldzerstörungsmaschinen weniger. Außerdem kommt es in der gleichen Nacht anscheinend zu einem Brand in einem Breitbandverteilerkasten an der Wittelsbacher Brücke – weshalb in Holzkirchen Behörden und Rathaus keinen Internet- und Telefonanschluss mehr haben.



15.12.23 In Pullach gehen zwei Forstmaschinen in Flammen auf. Mit dem Abholzen von Bäumen macht der bayrische Staat in jährlich hunderte Millionen von Profit – auf Kosten der Wälder.

18.12.23 Zwei Forstmaschinen im Hofoldinger Forst brennen lichterloh.

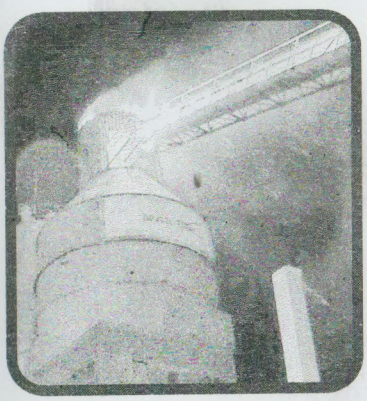
25.12.23 Am heiligen Weihnachtstag brennt ein Bagger auf einer Baustelle ab.

05.02.24 In einem Kieswerk in Kirchseeon kommt es zu einem riesigen Brand: am frühen Montagmorgen werden eine Halle, ein Nebengebäude, zwei Radlader sowie mehrere Förderbänder beschädigt oder zerstört.

04.04.24 Vier Baufahrzeuge fackeln auf einer Baustelle für die zweite Münchner S-Bahn-Stammstrecke ab. Der Tatort ist nur wenige Meter vom Münchner Landtag entfernt.

31.07.24 Eine 200 Meter lange Gleisbaumschine der Deutschen Bahn wird an mehreren Stellen angezündet.

28.10.24 *„In der Nacht auf den 28.10.2024 wurde ein Gebäude des TÜV Süd in München mit einem Brandsatz aus Benzin und Holzpaletten angegriffen. Der TÜV Süd ist mitverantwortlich für den Dammbruch bei einem Eisenerztagebau in Brasilien 2019 bei dem über 270 Menschen starben und weigert sich, die Angehörigen zu entschädigen. Mit Gefälligkeitsgutachten dient er auch der deutschen Atomlobby an und bereitet den Boden für eine Wiedereinstieg in die Kernenergienutzung."*



02.09.24 Durch den Brand in einem Betonwerk der Firma Max Bögl im Münchner Norden, welchem ein Förderband, mehrere Fahrzeuge und ein Silo zum Opfer fallen, wird der Fortschritt für die Fundament-Bauarbeiten von drei neuen Windrädern erschwert.

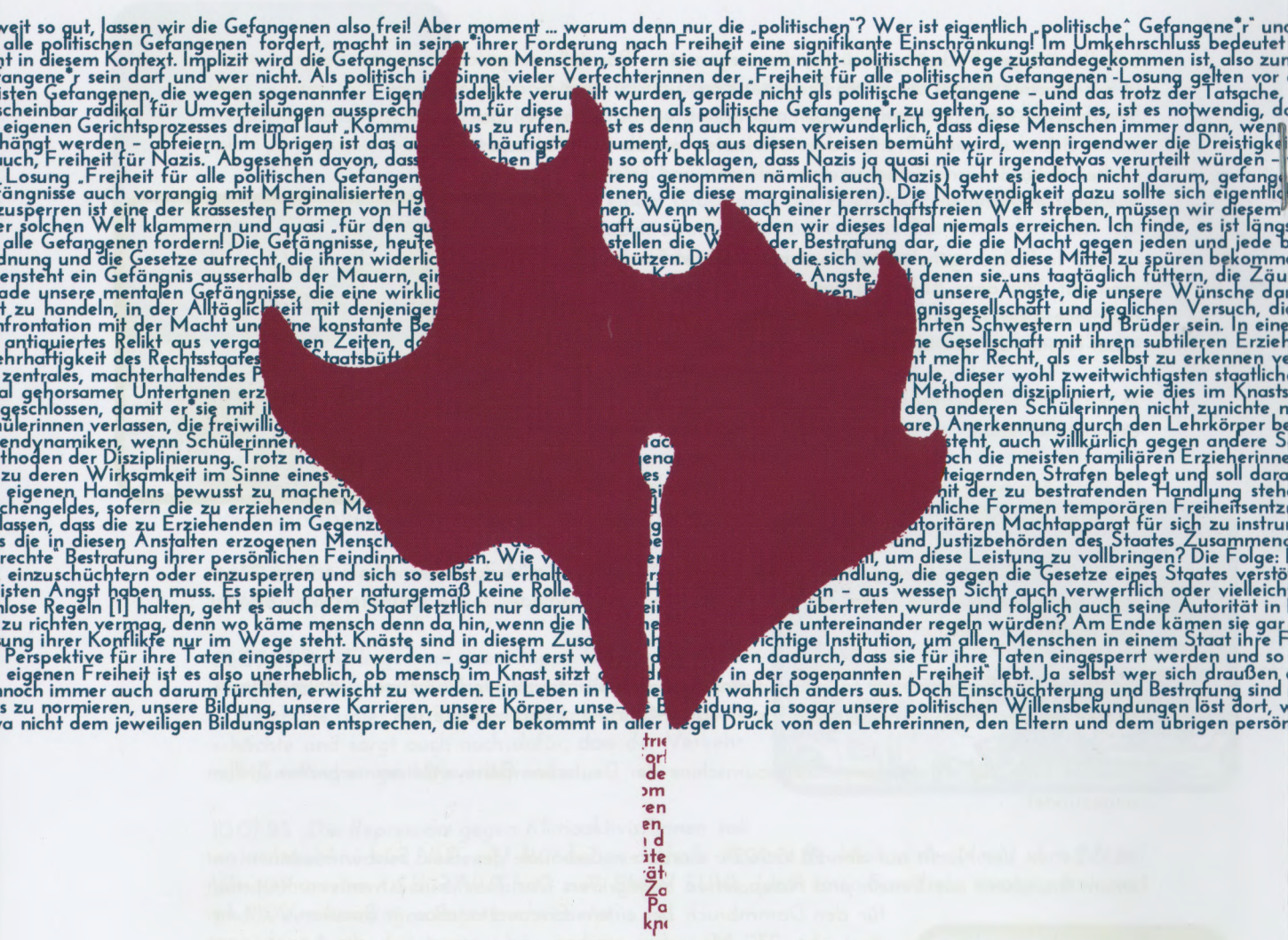
25.11.24 Zwei Strabag-Bagger in der Au abgefackelt.

25.01.25 23 Autos der Hundestaffel brennen kurz vor der NATO-Sicherheitskonferenz in München ab. Die Container der Bullen auf dem Gelände werden auch angekohlt.

09.04.25 Nach einem Brandanschlag auf Glasfaser- und Signalkabel der Bahn kommt es in Bayern zu massiven Zugausfällen.

21.04.25 Zwei Strabag-Bagger gehen in Obersendling in Flammen auf.

22.5.25 Sechs LKWs auf dem Gelände der Polizeireiterstaffel in Trudering fackeln ab.



Diese Seiten widmen sich den Auswüchsen der Repression im bajuwarischen Königreich und versuchen die Repressionsschläge im Zusammenhang mit der gesamten stattfindenden staatlichen Militarisierung zu betrachten. Darüber hinaus geht es um die Geschichte von Zensur in der BRD, um das Gespenst des „Ökoanarchismus" und der Sabotage. Darum, was eigentlich an Windrädern scheiße ist und wie man möglicherweise in Zukunft mit wachsenden Zensurmaßnahmen gegen subversive Publikationen umgehen kann.

In erster Linie ist diese Zeitung jedoch vor allem ein Bekenntnis und ein Ausdruck der Solidarität mit den repressierten anarchistischen Projekten, den eingesperrten Gefährt*innen M. Und N., sowie all den anderen von Repression betroffenen Anarchist*innen im bayuwarischen Königreich.

Seit 2022 kam es in München zu einer Reihe von Repressionsschlägen gegen Anarchist*innen. Der vorläufige Höhepunkt war die Verhaftung der Anarchist*innen N. und M. Ende Februar 2025 wegen des Vorwurfs mit einer weiteren Person die Zeitung Zündlumpen herausgegeben zu haben. Die Münchner Generalstaatsanwaltschaft hat sich entschlossen den Zündlumpen und dessen angebliche Redaktion als kriminelle Vereinigung zu verfolgen und zu zensieren. Die Verbrechen, welche die kriminelle Vereinigung der Zündlumpen-Redaktion begangen hat, sind Aufrufe, Anleitungen und Billigungen von Straftaten veröffentlicht und verbreitet zu haben.

Wenn es ein Verbrechen ist, Gewalt gegen dieses mörderische System zu billigen,
dann sind wir alle schuldig im Sinne der Anklage.